Nr. 458



auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

3. September 1998

Entschuldigung

Mit Bestürzung haben wir und viele unserer Freundinnen und Freunde das letzte Titelbild zur Kenntnis genommen.

Die Redaktion der Nr. 457 sah ein anderes Bild vor, das sich aber kurz vor dem Erscheinungstermin nicht mehr auffinden ließ. Statt dessen kam schlußendlich das nächste Plakat, das greifbar war, auf den Titel. Dabei machte sich im letzten Streß niemand mehr Gedanken über den Inhalt, was wir unverzeihlich finden.

Wir hätten es begrüßt, wenn noch mehr LieferantInnen oder Verkaufsstellen inhaltlich eingegriffen hätten und das Bild irgendwie verfremdet oder die Ausgabe nicht verkauft hätten, wie eine Vollkornbäckerei.

Zur inhaltlichen Erklärung: Wir finden es richtig, Schönbohm als Person für die Durchsetzung einer ausgrenzenden und repressiven Politik, für seine nationalistischen, rassistischen, chauvinistischen Aussagen und als Repräsentant dieses Staates anzugreifen. Aber wir kritisieren Menschen nicht wegen ihrer sexuellen Praktiken*, ihres Geschlechts oder beispielsweise ihres Aussehens, sondern wegen ihrer Taten und Meinungen. Beschimpfungen wie „Bullenfotze", „schwule Sau" oder ähnliches haben für uns genausowenig in der Auseinandersetzung was zu suchen.

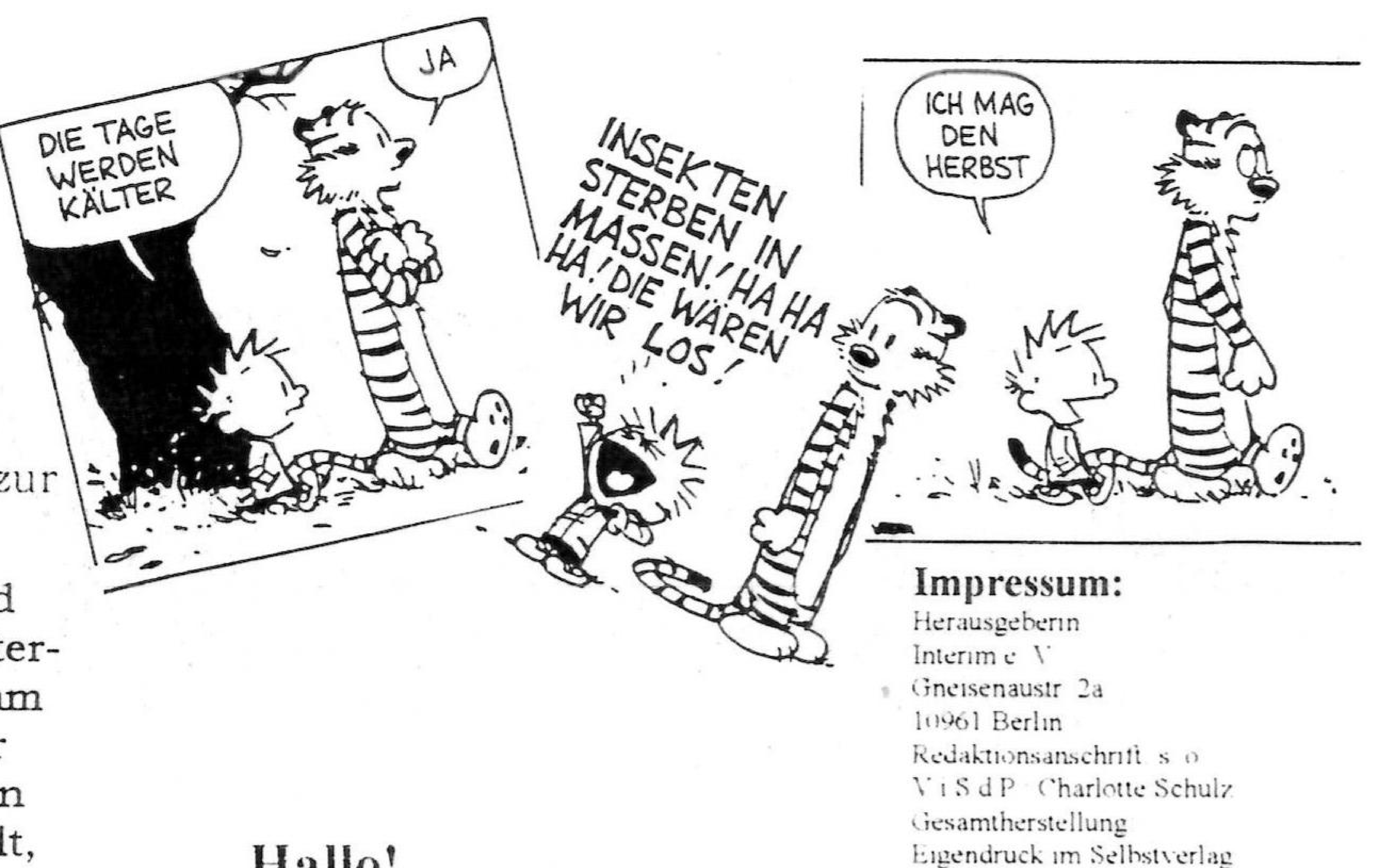
Abschließend stellen wir auch die Frage an die Menschen, die dieses Plakat entworfen haben: was habt ihr euch dabei gedacht?

---

* „Sexuelle Praktiken" beinhalten für uns selbstverständlich nicht irgendwelche gewalttätigen oder hierarchischen Verhältnisse.

Inhalt

Ordner:



Impressum:
Herausgeberin
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift s. o.
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung
Eigendruck im Selbstverlag

Hallo!

Wir fanden die Bauanleitung in der letzten Nr. 457, Seite 9, im nachhinein zu ungenau. Wir haben folgende Bedenken: Ihr müßt schon die Funktionsweise erläutern! Wenn der Zeitverzögerer in einer Benzinlache steht, wie zundet ihr ihn (Benzindämpfe sind explosiv!)? Wie lange braucht der Brandsatz, bis er zündet?
Und allgemein hätten wir gerne mehr Gefahrenhinweise, z. B., keine Leute zu gefährden, und praktische Anwendungserfahrungen. Unseres Wissens nach existieren für zeitverzögernde Zünder sicherer zu handhabende Methoden.

Wir fänden es interessant, Stellungnahmen und Fakten zu den Wahlen im September zu bekommen. Die Diskussionen in den WG-Küchen, ob Wählen oder nicht, und wenn ja, wen und warum, könnten ein paar Anregungen gebrauchen.

Wir begrüßen, daß es im Ex jetzt auch mittags wieder was Warmes zu essen gibt. Auf Wunsch werden wir auch die Speisekarte veröffentlichen, wenn sie uns rechtzeitig erreicht.

Zu „Lesen bildet": Vor ca. 3 Jahren wurde Pipos Name geschwärzt, weil wir es nicht richtig finden, daß Namen veröffentlicht werden, solange sich Diskussionen derart in der Schwebe befinden, daß die Opfer der Gewalt sich nicht beschuldigend außern, und die Geschichte so weit bekannt ist, daß durch die Schilderung des Sachverhalts alle Leute, die damit näher zu tun haben, wissen, um wen es sich handelt.

Szeneklatsch über einzelne Namen finden wir sowohl im Hinblick auf die mißbrauchten Kinder und Jugendlichen als auch auf das Schüren des Chauvinismus bei allen außenstehenden Männern, die sexuelle Gewalt dann als etwas Äußeres verorten können, in manchen Fällen kontraproduktiv.

Zur Tradition der Interim: Wir stehen aus heutiger Sicht ebenfalls nicht zu allen Inhalten alter Artikel, finden aber Selbstkritik der AutorInnen auch nach Jahren richtig.

Zur Frage der Unterstützung von Betroffenen durch unsere Redaktionen:

Als Redaktionen besteht die Unterstützung im allgemeinen im sichten, diskutieren, layouten, drucken, binden und vertreiben ihrer Papiere. Wie wir uns als einzelne weiter engagieren, hängt sicherlich im Einzelfall von unserer Nähe zu den betreffenden Personen und andererseits unserer persönlichen Geschichte oder auch Verstricktheit ab.

In eigener Sache:

Wir sind weder gewillt noch in der Lage, einen gewissen Kreuzberger Gemischtwarenladen weiterhin kostenlos zu beliefern. Zahl endlich!

Außerdem wäre es schön, wenn es sich auch allgemein durchsetzen würde, daß unsere Rechnungen nicht sooo lange liegen bleiben.

Betr.: Schönbohm als Schaf-Sodomist

Hiermit möchte ich die Redaktion der interim 457 bitten, nein: auffordern, spätestens in 'ihrer' nächsten Ausgabe - wann immer dies sein mag - Stellung zu der Frage zu beziehen, welcher Gaul ihr bei der Gestaltung des - gelinde formuliert - unsäglich stumpfen Schönbohm-Titelblattes durchgegangen ist.. Oder anders: Habt Ihr Euch bei diesem Griff in die Mottenkiste nicht nur *normierend-kontrollierender*, sondern auch *repressiv-vorpolitischer* Gestaltungsmittel irgendetwas gedacht, gibt es auf diesem Titelblatt irgendeinen satirischen Bezug, den ich nur nicht verstehe, der der ganzen Angelegenheit aber einen vollkommen anderen Rahmen geben würde?
Um es allerdings nicht bei diesem einen und einzigen Empörungsschrei zu belassen, habe ich schon einmal vorgearbeitet und vier mögliche Erklärungs- bzw. Antwortweisen ausformuliert, wobei es hinzuzufügen gilt, daß mir nur die dritte und vierte dieser Weisen tatsächlich plausibel erscheinen möchte, während die beiden ersten Erklärungsversuche nicht wirklich ernst gemeint sind, sondern eher das Ziel verfolgen, wenigstens in Ansätzen anzudeuten, wie komplex das thematische Feld ist, auf dem sich das sodomistische Schönbohm-Titelbild bewegt.

1. Eine Grundlage des Titelbildes könnte die vollkommen unaufgeregte Einschätzung seiner MacherInnen sein, daß es sich bei Sex mit Schafen um eine ganz normale und deshalb nicht weiter hinterfragenswürdige Sex-Praktik handelte. Für eine solche Perspektive könnte der Umstand stark gemacht werden, daß sämtliche der zumindestens mir zu Ohren gekommenen Berichte über Sex mit Schafen *erst einmal* den Eindruck relativer Friedfertigkeit und Gelassenheit vermittelt haben, wobei es natürlich immer zu berücksichtigen gilt, daß mir keine konkreten Stellungsnahmen der jeweils beteiligten Schafe zur Verfügung gestanden haben.
Gegen eine derartige Interpretation spricht jedoch, daß es überhaupt keinen Sinn machen würde, dem politischen Gegner dadurch zu höheren Weihen zu verhelfen, daß dieser als Vertreter einer im Kern akzeptierten bzw. gut geheißenen Sex-Praktik auf dem Titelbild einer linksradikalen Zeitung abgelichtet wird, einmal ganz davon abgesehen, daß das Titelbild völlig unzweideutig als Humoreske bzw. Satire daherkommt und deshalb anderes im Schilde zu führen scheint, als irgendwelche gänzlich unkomischen Positiv- bzw. Normalitätszuschreibungen vornehmen zu wollen.

2. Eine andere Erklärungsmöglichkeit für das Zustandekommen des Titelbildes könnte umgekehrt verlaufen, könnte also darin bestehen, Sex mit Tieren aus einem machtkritischen Blickwinkel heraus zu einer sehr wohl kritik- und verdammungswürdigen Praxis zu erklären, d.h. zu einer ganz *spezifischen* Spielart sexualisierter Gewalt- bzw. Machtausübung. Denn, so das Argument, Sex mit Tieren sei per definitionem eine vollkommen einseitige und deshalb immer schon von Macht durchtränkte Angelegenheit, ganz gleich wie viel Spaß das Tier in der je konkreten Situation empfinden mag. Nicht zuletzt deshalb sei es auch kein Zufall, daß es zwar die Begrifflichkeit der Sodomie gebe - also diejenige des 'Sexes mit Tieren' -, nicht aber eine umgekehrte Begrifflichkeit vom Standpunkt des Tieres aus (= 'Sex mit Menschen').
Gegen eine derartige Interpretation des Titelbildes spricht zunächst einmal, daß - zumindestens zum gegenwärtigen Zeitpunkt - Sodomie (noch) nicht in den Kanon linksradikaler Weltreflexion bzw. -kritik eingegangen ist; genau das ist aber Voraussetzung dafür, satirischen Spielereien wirklichen Erfolg bescheren zu können. Demzufolge wäre es also, im Sinne der gerade durchbuchstabierten Interpretationsfolie, sehr viel sinnvoller gewesen, Schönbohms vorgebliche Sodomieproblematik zum Gegenstand ernsthafter Berichterstattung bzw. Kritik zu machen, nicht aber zu dem irgendeiner unverständlichen Billig-Satire. Darüberhinaus sei aber auch noch darauf hingewiesen - und das ist das wirklich Bedeutsame -, daß es eigentlich überhaupt nichts mit Bild-Satire zu tun hat, etwas als problematisch bzw. kritikwürdig Eingestuftes einfach nur in eine angeblich lustige Bildersprache zu übersetzen; denn gute Satire setzt die Überraschung voraus, das Unerwartete, die hintergründige Verknüpfung, das Subtile eben. (Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß Sodomie auch deshalb kritisiert bzw. kritisch betrachtet werden kann, weil in dieser Handlungsform sehr häufig - nicht jedoch immer - innerseelische Konfliktlagen zum Ausdruck kommen können, z.B. die mit Angst besetzte Unfähigkeit, auch Menschen wirklich nahe sein zu können, ohne dies als eine - wie auch immer geartete - Bedrohung zu empfinden, vor der es dann wiederum möglichst schnell in die – vom Standpunkt des jeweiligen Menschen aus - machtdurchtränkte und deshalb sichere Sodomie-Beziehung zu fliehen gilt.)

3. Ich möchte zur dritten Erklärungsmöglichkeit kommen, von der ich mir - anders als von den beiden bisherigen Möglichkeiten - durchaus vorstellen könnte, daß sie die MacherInnen des Titelblattes zu ihrem Tun bewogen haben könnte. Hiernach ist mit dem Titelbild lediglich das schlichte Ziel verknüpft (gewesen), Schönbohm und sein 'Team' provomäßig abzuschocken und hierdurch die eine oder andere (skandilisierbare) Überreaktion hervorzukitzeln. Ein solches Vorgehen klingt zwar abgezockt, ist aber dennoch naiv, verkennt es doch, daß es zwar möglich sein mag, auch mit Einzelaktionen repressive Reaktionen hervorzulocken, daß dies von seinem politischen Nutzwert indes ausgesprochen niedrig einzustufen ist. Denn Schock-Aktionen bedürfen - genauso wie andere Aktionsformen auch - der jeweiligen Eingebettetheit: Einfach nur zu schocken, abzufackeln oder aufzuklären bringt es nämlich nicht; ein politischer Effekt - sei es als direkter Widerstandserfolg oder sei es dadurch, mit der eigenen Handlungsstrategie irgendwelche Menschen erreicht zu haben - ist erst durch ein *komplexes Ineinander* möglich, in welchem je einzelne Aktionsformen füreinander die Rolle gegenseitiger Wegbereiter und Verstärker spielen müssen. Konkret bedeutet dies, daß die MacherInnen des Titelblattes auch andere Anti-Schonbohm-Aktionen hätten vorbereiten oder zumindestens einbeziehen müssen. Genau das ist aber ganz offensichtlicherweise nicht der Fall (gewesen). Wie auch, ist doch die in den letzen 1-2 Jahren schon so oft angedachte 'Anti-(Prinzip)-Schönbohm-Kampagne' bis heute nicht über ihr allererstes Planungsstadium hinausgekommen.

4. Ich komme zur letzten und damit zu der von mir am meisten favorisierten Deutungsmöglichkeit: Nach dieser haben die MacherInnen des Titelblattes weder über Sodomie noch über die Funktionsmechanismen kritischer Satire besonders viel nachgedacht, zumindestens zum Zeitpunkt der Erstellung des Heftes. In diesem Sinne dürfte ihnen Sodomie in erster Linie als eine Handlungsweise vorgekommen sein, die zwar bizarr und grotesk anmuten mag - der Volksmund nennt das auch 'abartig' -, nicht jedoch in irgendeiner weitergehenden Weise problematisch. Ja, und genau in dieser Unentschiedenheit scheinen die MacherInnen dann auch die Möglichkeit erspäht zu haben, dem politischen Gegner Schönbohm eins auszuwischen. Just eine solche Strategie, die Strategie nämlich, den politischen Gegner dadurch auf die Hörner nehmen zu wollen, daß diesem eine vorgebliche oder tatsächliche 'Absonderlichkeit' als zentrales Persönlichkeitsmerkmal angehängt wird, stellt aber aus mindestens zwei Gründen den eingangs bereits erwähnten Griff in die Mottenkiste nicht nur *normierend-kontrollierender*, sondern auch *repressiv-vorpolitischer* Gestaltungsmittel dar:

Erstens steckt hinter einer solchen Vorgehensweise der *normierend-kontrollierende* Blick derjenigen, die sich des Augenzwinkerns derer gewiß sind, die ebenfalls Normalität für sich beanspruchen und die daran Gefallen finden, durch die Abwertung des Anderen bzw. Besonderen - d.h. des 'Absonderlichen' - sich einmal mehr ihrer eigenen Normalität zu versichern, und zwar ohne, daß dies - und das ist ja das eigentlich Verheerende - mit einem nochmaligen Nachdenken über die eigene Normalität bzw. das jeweils 'Absonderliche' einhergehen würde bzw. müßte - ein Einhergehen, worin ja immerhin die Möglichkeit stecken würde, nicht nur das 'Absonderliche, sondern auch die eigene Normalität als ein immer schon gesellschaftlich vermitteltes und deshalb herrschaftsdurchwobens Etwas zu erkennen.

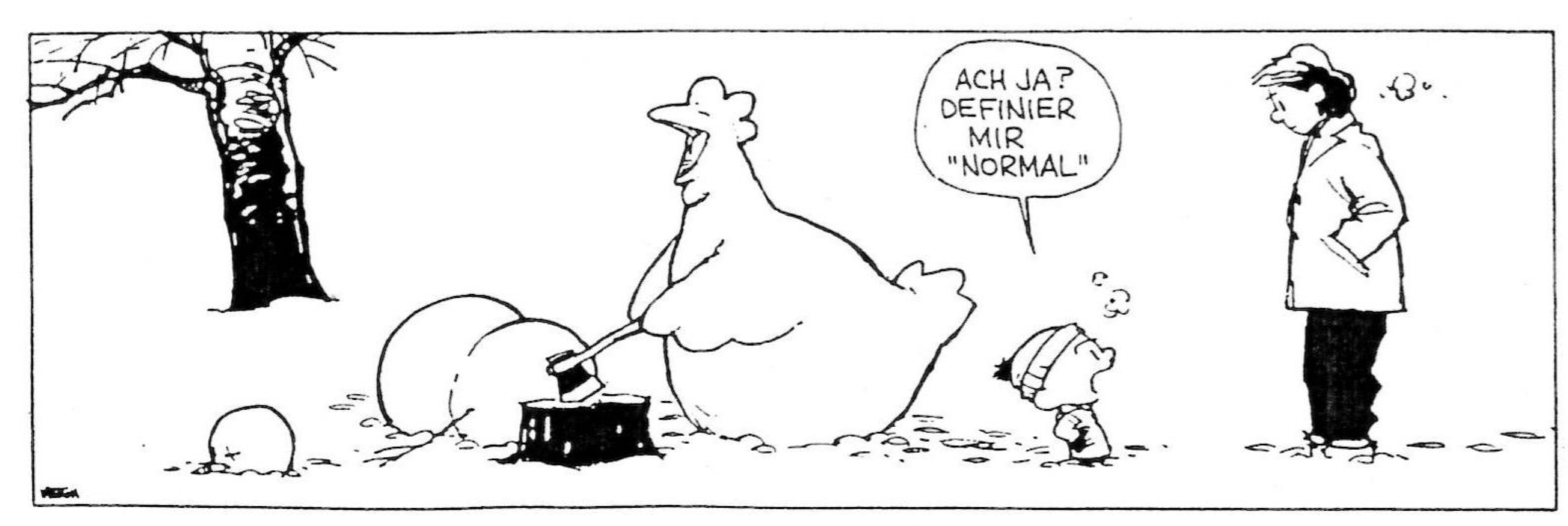
Im Falle des Schönbohm-Titelblattes scheint mir vor allem zwangs-heterosexuell aufgeladene Durchschnittssexualität eine kontrollierende Normierung erfahren zu haben, und das nicht nur dadurch, daß eine spezifische Handlungsweise - und mit ihr viele andere als verwandt geltende Handlungsweisen - eine pauschale und nicht weiter reflektierte Abwertung bzw. Stigmatisierung erfahren haben. Nein, nicht minder wichtig erscheint mir in diesem Fall auch das konkrete Bildmotiv zu sein, also die Tatsache, daß erstens ein quasi-heterosexueller Akt der Sodomie dargestellt ist, in welchem zudem das *menschliche* (!) *Männlein* der *aktiv* (!) Handelnde ist - mensch erinnere sich: *Frau*, *tierische Naturhaftigkeit* und *Passivität* stellen zentrale Elemente im patriarchalen Kosmos der Symbole dar -, und daß zweitens, im direkten Anschluß hieran, die in einem negativen (!) Bewertungshorizont dargestellte Handlung des *scheinbar* analen Sexualaktes, - also des Aktes 'von hinten' - eine ist, die - zumindestens in männlich-heterosexuellen Durchschnittsgehirnen - gemeinhin mit schwuler Sexualität mehr oder weniger spontan verknüpft wird, d.h. mit einer sexuellen Existenzform, die nicht selten ebenfalls das Ettiket der quasi-tierischen 'Absonderlichkeit' aufgedrückt bekommt. (Die Geltung dieses Argumentes gilt es im übrigen von dem Umstand abzukoppeln, daß der anale Geschlechtsakt durchaus auch zum festen Repertoire heterosexueller Sexualität gehört. Denn erstens ist es (leider) überhaupt nichts ungewöhnliches, daß die von einem/r selbst praktizierte Handlung bei anderen für 'absonderlich' gehalten wird; zweitens darf aber auch nicht aus den Augen verloren werden, daß der Bedeutungsgehalt, mit dem insbesondere Männer den heterosexuellen Analverkehr aufladen, in vielen Fällen zutiefst in den patriarchalen Kosmos der Symbole eingelassen ist.)

Von dieser inhaltlich-konkreten Ebene der Kritik einmal abgesehen, scheint es mir aber auch bemerkenswert zu sein, daß es gerade das Feld der Sexualität gewesen ist - also ein Parkett, auf dem Schönbohm meines Wissens nach noch nie öffentlich in Erscheinung getreten ist - welches als Ankerpunkt der beschriebenen Herabwürdigungsstrategie herhalten mußte. Hierin scheint sich einmal mehr zu bewahrheiten, daß Sexualität - und ihre Pathologisierung - weiterhin ein zentrales Einfallstor dafür ist, Menschen dadurch beherrschen oder zumindestens bekämpfen zu können, daß sie auf die Sexualität als einer ihrer vorgeblich zentralen Persönlichkeitsdimensionen reduziert werden. Genau hierüber muß indes nachgedacht werden. Denn daß sich innerhalb der Radikalen Linken gerade dieser (Macht-) Strategie bedient wird, scheint mir ein eindeutiger Hinweis darauf zu sein, daß zumindestens Teile der Radikalen Linken selbst Opfer dieser spezifischen Form moderner Macht- bzw. Kampf- und Herrschaftsstrategie geworden sind, ohne dies jedoch - und das ist das eigentlich Skandalöse - in einem ernsthaften Sinne reflektiert zu haben.

Zweitens ist das In-Verbindung-Bringen des politischen Gegners mit einer nicht weiter problematisierten 'Absonderlichkeit' aber auch deshalb hochgradig problematisch, weil dies nichts weniger als eine *repressiv-vorpolitische* Maßnahme darstellt: Linke bzw. kritische Bildsatire zeichnet sich nämlich dadurch aus, daß sie zwischen Realität und Bilddarstellung einen politisch-satirischen Bezug herstellt; denn ihr Ziel ist es ja - und das nicht zuletzt um der Unterhaltung willen -, mit anderen als begrifflich-intellektuellen Mitteln eine ganz bestimmte und als solche bereits bekannte Kritik zu formulieren. Demgegenüber zeichnet sich repressiv-vorpolitische Bild-Satire dadurch aus, in Ermangelung politischer Argumente einen solchen Zusammenhang gerade nicht herstellen zu können und deshalb darauf angewiesen zu sein, dem vermeintlichen oder auch tatsächlichen Feind bzw. Gegner irgendwelche Erfindungen bzw. Verunglimpfungen an den Kopf zu werfen. Inbegriff derartiger Bild-Strategien ist die antisemitische Karikatur.(Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Rede des *Repressiven* einem Repressionsbegriff verdankt, der Repression nicht nur als die machtvolle Sanktionsgewalt irgendwelcher Herrschenden begreift, sondern auch als einen herrschaftsstabilisierenden Gesamteffekt, der sich aus lauter Mikro-Repressionen zusammensetzt und an dessen Zustandekommen *sogenannte* Herrschende und Beherrschte gleichermaßen beteiligt sind.)

Ich möchte enden, in der Hoffnung, daß meine -zugegebenerweise - überraschend wild ins Kraut geschossenen Überlegungen genug Ansatzpunkte zum wie auch immer erklärenden - oder auch: konfrontativen - Abarbeiten verfügbar gemacht haben.

Ein Empörungsgekorridorter □



Nie wieder Heimat

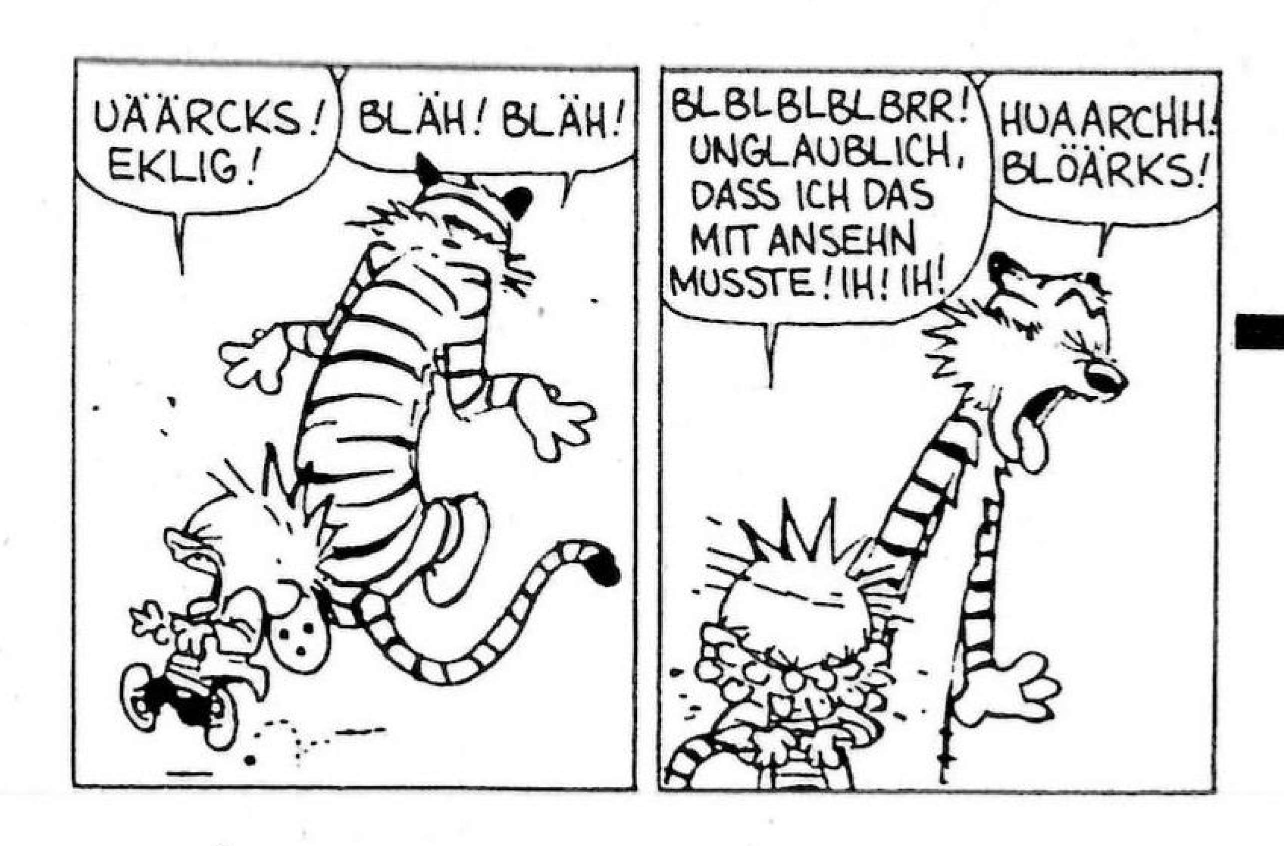
Gegen Revanchismus und deutschnationalen Größenwahn

Togo bleibt Deutsch - Diese Parole hört sich genauso absurd an, wie das alljährliche Geschrei der Vertriebenenverbände zum "Tag der Heimat". Sudetendeutsche, Ostpreußen, Schlesier usw. feiern mal wieder großdeutschen Karneval, führen ihre verstaubten Trachten, Tänze und Dialekte vor. Sie träumen von den alten Zeiten - in denen sie noch ihren Gutsherren als Tagelöhner dienen durften, als Stallknecht und Dienstmagd ihrem Lehnsherr den Zehnten ablieferten und mit ihrem Schimmel Lotte die Felder Ostpreußens umpflügten.
Sie denken zurück an die Zeit, als sie sich mitten in den osteuropäischen Staaten nur von deutschen Fabrikbesitzern ausbeuten ließen. Voll Wehmut erinnern sie sich daran, wie zunächst das 1000-jährige deutsche Reich zu ihnen kam und sie selbst dann heim ins Reich mußten. Sie werfen Kränze an diversen Kriegerdenkmälern ab und lauschen ihren Pfaffen, die ihnen von Gott, Vaterland und der blutgetränkten Heimaterde erzählen.
Deutsche Schicksale - ziemlich weinerlich, ziemlich nationalistisch und sehr völkisch.
Ernst zu nehmen ?
Bedenklich wird das ganze, wenn frau sich fragt, warum Diepgen dem ganzen überflüssigen Spektakel jedes Jahr seine unbedingte Solidarität versichert. Warum der Bundespräsident alle drei Jahre seine Aufwartung macht und versucht, das Heimweh der alten Damen und Herren etwas zu mildern und angesichts der Forderung nach der Wiederherstellung eines Deutschland in den Grenzen von 1937 peinlich berührt auf völkerrechtliche Verträge hinweist.
Ist der BdV mehr als eine Trachtengruppe, der ein paar Nazis und hochrangige Politiker das Händchen halten und die Tränen trocknen?
Die Mitgliederzahl der Vertriebenenverbände in der BRD übersteigt nach eigenen Angaben immer noch 2 Mio. Die Organisationen selber sind nicht vom Aussterben bedroht, da die "Erlebnis-Generation" der Vertriebenen allmählich durch "Bluts- (Nachkommen)- und Bekenntnisvertriebene" (Menschen, die sich mit den Zielen der Landsmannschaften identifizieren) nach und nach ersetzt werden.
Das Parteienspektrum von CSU bis hin zur SPD bemüht sich durch Arbeitskreise und Beauftragte für "Vertriebenenfragen" um dieses Wählerpotential.
Vertreter und Lobbyisten aller Landsmannschaften sitzen in Bundes- und Ländergremien, in Ministerien, Kommissionen .... . Dadurch sind die Vertriebenenverbände in der Lage, ihre Forderungen und Vorstellungen in der Politik einfließen zu lassen. Sie sitzen überall - an ihnen führt kein Weg vorbei.
Vordergründig geht es darum, die Flucht der Deutschen vor der Roten Armee und das Potsdamer Abkommen von 1945 als Unrecht darzustellen und damit Wiedergutmachungsansprüche durchzusetzen.
Doch die Vertriebenenverbände wollen mehr. Sie zielen auf die Revision der Ergebnisse des 2.Weltkrieges. Es geht um die Errichtung deutscher Siedlungsgebiete in Osteuropa und die Wiederherstellung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937.
Diese Vorstellungen erklären auch Einfluß und Förderung der Vertriebenenverbände in der deutschen Politik. Sie spiegeln die geopolitischen Vorstellungen eines wichtigen Teils der deutschen Eliten wider, deren geographischen und ökonomischen Begehrlichkeiten wie eh und je nach Osten gerichtet sind.
Diese Eliten halten an dem völkischen Konzept der Einheit von Volk und Staat fest. Was innenpolitisch in Staatsbürgerschaftsrecht (Blutsrecht) und Ausländergesetzgebung deutlich wird, - manifestiert sich seit der Konstituierung der Berliner Republik auch außenpolitisch.
Die Bestrebungen der BRD sind unübersehbar, die EU zum Vehikel des "Ritts nach Osten" zu machen. Unter dem Deckmantel der "Osterweiterung" wird der Weg nicht nur für Kapital und Waren geebnet, auch Niederlassungs- und Mitspracherechte der "deutschen Minderheiten" werden so durchgesetzt.
Die "Vertriebenen" sind Vehikel für eine aggressive deutsche Außenpolitik.
Dazu müssen diese deutschen Minderheiten in Polen, Tschechien, Rußland und anderen osteuropäischen Ländern zu neuem Leben erweckt werden. Um alle diese "Deutschen" kümmern sich diverse Verbände aus dem Vertriebenen-, Revanchisten- und Nazi-Spektrum mit finanzieller und politischer Unterstützung von Kanthers Innenministerium.
Mit dem Schutz "deutscher" Minderheiten oder der Durchsetzung ihrer "Interessen" lassen sich politische und militärische Interventionen immer gut begründen.
Wenn es nach der BRD - Regierung geht, bleiben unsere neuen Blutsbrüder und -schwestern in ihrem alten Gebiet, das damit zu einem zu verteidigenden Stück "deutscher Heimat" wird.
Aber es geht nicht nur um deutsche Minderheiten.
Mit der Halluzination von der "Einheit von Staat und Volk" versucht die BRD die Nachbarstaaten zu destabilisieren. Aus der Sicht der neuen Rechten besteht Europa aus Regionen, die nicht von StaatsbürgerInnen, sondern von Volksgruppen bewohnt werden.
Die Verbindung der 'Volksgruppen' mit ihrer 'Heimaterde' soll als 'Grundrecht der Völker' festgeschrieben werden.
Diese Albaner, Bretonen, Schlesier, Pommern, Tschetschenen, Südtiroler, Kroaten und Donauschwaben sind allesamt per definitionem reinrassige "Volksgenossen", die durch "Blutsbande" mit der "Heimaterde" verbunden sind, aber im Zweifelsfall mit einer der BRD nicht genehmen Regierung. So kann nach Bedarf das Prinzip der staatlichen Souveränität fallen gelassen, Grenzen revidiert und das Selbstbestimmungsrecht der Völker dagegengestellt werden, falls sich eine "Volksgruppe" dazu anbietet, sich unter der Führung einer neuen völkischen Elite von der alten, nicht BRD und EU kompatiblen Regierung und anderen, ihr artfremden "Volksgruppen" zu befreien. Lästige soziale Gegensätze werden durch die rassistische und autoritäre Formierung erst mal unter den Tisch gekehrt und zur leichteren Erklärung - Serbien muß sterbien - ethnisiert. So wird Europa in ethnische Konfliktherde zerlegt, die nach einer Staatsgrenzen überschreitenden Zentralgewalt schreien, also wahlweise nach UNO, NATO oder noch besser, nach Deutschland. Berlin wird Hauptstadt von rivalisierenden europäischen Trachtentanzgruppen - in einem immer größer werdenden Deutschland.
Überflüssig zu sagen, das Flüchtlinge, Sinti und Roma in diesem Europa keinen Platz haben.
Bestes Beispiel für diese Politik ist die Rolle der deutschen Regierung im Jugoslawien - Konflikt, die den Zerfall Jugoslawiens vorantrieb und damit einen Bürgerkrieg entfachte, der zigtausende Opfer forderte und weiter fordern wird. Die deutschen Vorstellungen von Staat und Volk nutzen nur Deutschland und der dortigen aufstrebenden völkischen Elite.

Am "Tag der Heimat" gröhlen nicht nur alte Revanchisten, hier geht es um aktuelle deutsche Großmachtträume, um ein Europa unter deutscher Führung. "Vaterland" und "Heimat" sind Begriffe nationalen Größenwahns. Deshalb rufen wir am 6.9.98 zu einem TAG OHNE HEIMAT gegen Revanchismus und deutsche Großmachtpolitik auf.

• 06.09.98 - 12.30 Uhr
KUNDGEBUNG VOR DER SÖMMERINGHALLE

Groß Schönebeck. **Zwei Jung-Elche haben im Wildpark Schorfheide den Gnadenschuß erhalten. Das Geschwisterpaar Karl und Karla litt an einer kaum heilbaren Infektion.**
„Es hat uns hart erwischt", berichtete Wildparkchef Frank Heyter.



DVU DEUTSCHE VOLKSUNION

seit einiger zeit hat sich im bereich der normannen str.noch eine nazispelunke etabliert und zwar direkt im RATHAUS LICHTENBERG.im dortigen"RATSKELLER"will die DVU bis zur wahl wöchentlich,danach monatlich veranstaltungen durchführen.die kreisverbände friedrichshain/prenzlauer berg und lichtenberg/hohenschönhausen rekrutieren dabei neue mitglieder und wahlkampfhelfer.gesteuert wird der haufen von einem gewissen DIRK ENGELHARDT,tel:0172/3964565.zu beginn der veranstaltungen empfängt das ratskeller-personal die debilen pappnasen mit handschlag.seit dem 14.8.gibt es nun probleme für die nazi-kneipe und solange die verantwortlichen im rathaus den dvu-treff schützen klirren auch dort die scheiben einschließlich graffitöser begründung,wie z.b.am 17.8.wir fordern alle menschen auf:"RATSKELLER" ANGREIFEN BIS DER LADEN AUFGIBT! BRAUNE ZONEN VERHINDERN!

autonome  miliz

Am besten setzen Sie sich direkt mit dem zuständigen Landes-Wahlkampfleiter für Berlin, **Herrn Schröder, Telefon 030-217 55279** in Verbindung. Schriftlich können Sie sich an den **DVU-Landesverband Berlin, Postfach 650835** in **13308 Berlin** wenden.

Den Neonaziaufmarsch in Göppingen verhindern!

Die neofaschistische NPD ruft für Samstag zu einer Großdemonstration in Göppingen auf. Um 14 Uhr will sich der braune Mob am Bahnhof treffen um von dort aus unter dem Motto "Deutschland uns Deutschen" durch die Innenstadt zu marschieren.

Laßt sie uns gebührend empfangen!

Samstag, 5 September 1998
Treffpunkt 12.00 Uhr
am Bahnhof Göppingen
Kundgebung 12.30 Uhr

Abends:
VOKÜ und Party im Exil Eislingen
Infotel.: 07161/82098
Internet:www.FTO.de\Vereine\SFD
Wegbeschreibung zum Exil:
B 10 bis Eislingen Stadtmitte, an der großen Kreuzung links, über die Brücke fahren und sofort danach rechts. 2. Haus rechts, 2 Minuten vom Bahnhof.

WIR HAben am 15 08 98 den PKW SüW Y 237 in saarlouis tiefergelegt MIT DIESEM PKW reisten

FASCHISTEN nach SAARLOuIS um an den dortigen AKTIVITATEN VON NEONAZIS anLASSLICH DES Rudolf hess-tages teilzunehmen

ES GIBT KEIN RUHIGES HINTERLAND!

kommando "kleinvieh macht auch mist"

Info zum Rostocker Antifa-Aufruf

anläßlich des geplanten NPD-Aufmarsches

am 19.September in Rostock:



Vor etwa 2 Monaten hat die NPD eine Demonstrationsroute in Rostock angemeldet. Diese soll durch 3 Neubaugebiete im Rostocker Nordwesten führen und vor dem bekannten Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen enden. Die Veranstaltung ist als Abschluß zum Bundestags- und Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen. Zu ihr wird durch die Nazis bundesweit und international mobilisiert. Die NPD rechnet mit 3000-5000 Teilnehmern. Wir denken, daß die geplante Nazi-Demo nicht stattfinden oder zumindest nicht in der bisher geplanten Art und Weise über die Bühne gehen wird.

Allgemeine Einschätzung
Seit Bekanntwerden der NPD-Vorhaben am 19.September in Rostock hat es viel Unmut und Empörung in der Stadt gegeben. Viele aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen haben bisher eine Reihe vielfältiger Aktionen angekündigt. Koordiniert werden die Planungen von einem Bündnis-Gegen-Rechts. Dieser Zusammenschluß von etwa 30 Initiativen, Organisationen, sowie Einzelpersonen hat sich bereits nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt gegründet. Wir, die VerfasserInnen des Rostock-Aufrufes, sind Mitglied dieses Bündnisses. Das heißt, da wir schon seit Jahren politisch aktiv sind (insbesondere auch im Antifabereich), daß wir sicherlich in diesem Bündnis eine zentrale Rolle einnehmen. Es ist für uns aber ein selbverständlicher Grundsatz, alle anderen im Bündnis mit ihrer Analyse und dem praktischen Handeln für gleichberechtigt zu halten. Wir sind regional fest verankert und fühlen uns über ein linkes politisches Spektrum hinaus gesellschaftlich anerkannt.

Wir können davon ausgehen, daß in Rostock die allermeisten den Nazi-Aufmarsch nicht wollen. Ein Bürgeraufruf, den wir mittragen, wird von beinahe allen gesellschaftliche Kräften, kommunalen Betrieben usw. unterstützt. Es geht jetzt darum, aufzupassen, daß einzelne, die Breite, nicht für die eigene Profilierung ausnutzen und festzustellen, was der Beitrag der einzelnen zum Anliegen "Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock" sein kann.
Wir wissen, daß viele in der Bevölkerung die Nazis ablehnen oder sich distanziert gegenüber den Glatzen mit den Springerstiefeln verhalten. Wenn etliche für deren Parolen dennoch offene Ohren haben, wird es nichts nützen sie dafür pauschal zu beschimpfen. Im Gegenteil, wir sollten uns lieber die Mühe machen, unsere eigenen argumentatorischen Defizite zu überarbeiten.
Lichtenhagen ist ein Stadtteil von Rostock, in dem seit Jahren gute Jugendarbeit gemacht wird und wo eine vietnamesisch-deutsche Begegnungsstätte im Sonnenblumenhaus integrierter Bestandteil geworden ist.
Trotz der Ereignisse im Jahre 1992 oder gerade vielleicht auch wegen dieser gibt es in Rostock seit Jahren nur eine kleine nach außen auftretende Naziszene.

Ziele der Aktivitäten zum 19.09.1998
Wir wollen weg von dem Antifademo-Image, das, wenn überhaupt, immer weniger Menschen auf die Straße bringt. Oft sind es ohnehin nur noch Angehörige von linksradikalen oder Antifa-Gruppen selbst, dazu noch ein paar aus der verbliebenen linken Jugendsubkultur. In Mecklenburg/Vorpommern gibt es jedes Wochenende Anlässe, Demos etc. zu veranstalten. Das ist so gar nicht mehr zu machen.
Dazu kommt, daß Antifa oft genug selbst dazu beiträgt, daß sie in der Öffentlichkeit lediglich als die andere Seite der Chaoten oder als die Chaoten schlechthin wahrgenommen wird. So geht das nicht weiter.

Unser Ziel ist es, mitzuhelfen, eine allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu schaffen, die sich gegen die Nazis richtet, um darüber den Nazis Ausstrahlung und Einflußmöglichkeiten zu verbauen. Wir wollen an diesem Tag in Rostock so viel wie möglich Menschen aus unterschiedlichen politischen Spektren, vielfältig in gemeinsamer Übereinkunft handelnd, auf die Straße bringen. Wir denken, daß so den Nazis demonstriert werden kann, daß sie haben bei weitem weniger Chancen haben, als sie sich erhoffen und auf ihren Veranstaltungen immer beschwören.
Wir wollen damit insbesondere dem jugendlichen Spektrum zeigen: Die Nazis sind keine anziehende Alternative! Wir glauben, es wäre ein großer Erfolg, wenn - auf dem gemeinsamen Nenner: Gegen Nazis zu sein - sich möglichst viele auf der Straße zeigen. Daß die Beweggründe sehr unterschiedlich sind, wissen wir. Das ist normal und wir werden Wege finden, damit umzugehen.

Wir unterstützen daher alle Bemühungen an diesem Tag, die deutlich machen, daß die Nazis auf breite Ablehnung stoßen.

Wichtig erscheint uns vor allem, daß viele Bürgerinnen und Bürger aus Rostock dafür sorgen, daß die Nazis in Rostock einen schlechten Tag haben werden. Wir gehen bisher davon aus, das dies der Fall sein wird.

Der geplante NPD-Aufmarsch hat wegen der Verbindung zwischen den pogromartigen Angriffen auf Ausländer hier im Jahre 1992 und dem jetzigen Versuch von neofaschistischen Parteien in weitere Parlamente einzuziehen und dadurch mehr Einfluß zu gewinnen, zweifellos eine bundespolitische Bedeutung.
Wir appelieren deshalb nochmals öffentlich, in den Regionen und Städten bundesweit breit zu mobilisieren.
Eine große Mobilisierung ist Voraussetzung für das Gelingen unserer Vorstellungen Sie könnte den Menschen hier Mut machen, sie sollte ihnen vermitteln, daß die Nazis keine Alternative sind.
Mit einer großen Präsenz von Protestierenden auf den Rostocker Straßen könnte es ein Signal geben, daß über Rostock hinauswirkt, und sich bei den Wahlen in der Woche darauf in den Ergebnissen niederschlägt.

Bisheriger Ablaufplan (Stand 24.08.98)
- vormittags ab 8.00 Uhr Kundgebungen in der Innenstadt(Steintor, Werftfdreieck(Autokorso), Goetheplatz)



- 11.00 Uhr - Demonstration "Gemeinsam gegen Rechtsradikalismus" in Evershagen/Lichtenhagen und Schmarl/Groß-Klein
- nachmittags Straßenfest rund um das Sonnenblumenhaus
- abends Rockkonzert in einem Park zwischen Lütten-Klein und Evershagen mit Rostocker Bands und noch zwei geheimen Highlights

unabhängig von unseren Planungen finden statt:
- in der Innenstadt ein Cityfest
- ein Kinderfest am Kröpeliner Tor anläßlich des Weltkindertages

Wir werden uns mit besten Kräften bemühen, ein Informationschaos, wie oft in der Vergangenheit erlebt, zu vermeiden. Es gibt ab eine Woche vorher eine **Infohotline**, abrufbar über **0381-454310**, bis dahin könnt Ihr uns unter dieser Nummer auch faxen.

Erklärung zu der Aktion gegen den Nazikriegsverbrecher Saevecke

(s. auch Nr. 457, S. 18)

Deutsche AntifaschistInnen aus verschiedenen Städten haben zum 54. Jahrestag des Massakers eine Kundgebung vor dem Haus des "boia di Piazzale Loreto" organisiert. SS-Hauptsturmführer Theodor Saevecke , Buchholzstr.4 in Bad Rothenfelde, war von 1943 bis 1945 Chef des SD-Außenkommandos von Mailand. Er leitete die Razzien, Verhaftungen, Folterungen und Deportationen von JüdInnen und WiderstandskämpferInnen. Er ist für die Deportationen und den Tod von 1200 JüdInnen und WiderstandskämpferInnen in Auschwitz, Dachau und Mauthausen verantwortlich. Am 10. August 1944 ließ er 15 politische Gefangene auf der Piazzale von Loreto erschießen.
Saevecke, der sich nicht der italienischen Justiz stellen will und auch nichts von der deutschen Justiz zu befürchten hat, wurde mit seinen Verbrechen konfrontiert. Sein Haus wurde mit Parolen und Farbbeuteln verziert, es erklangen Partisanenlieder und eine Kundgebung wurde für die Nachbarn des "ehrenbaren Mörders" gehalten.

Den Henker von Milano , Theodor Saevecke zur Verantwortung ziehen!

54 Jahre nach dem Massaker auf dem Piazzale Loreto stehen wir heute vor der Wohnung eines Mörders, bei dem Hauptsturmbannführeres Saevecke in der ruhigen Kurstadt Bad Rothenfelde.
Wir haben uns hier versammelt, um Saevecke die Ruhe zu nehmen. Dem pensionierten SS und BKA Mann wollen wir deutlich zeigen, daß seine Verbrechen nicht vergessen sind. Mit dieser Aktion grüßen wir die Kundgebungen auf dem Piazzale Loreto in Milano, die morgen am 10. August stattfinden. Dort werden sich Angehörige der Gemordeten, VertreterInnen der Partisanenverbände und AntifaschistInnen versammeln, um der Opfer dieses faschistischen Verbrechens zu gedenken.
In Erinnerung an Gian Antonio Bravin, Giulio Casirachi, Renzo del Riccio, Andrea Esposito, Domenico Fiorani, Umberto Fogagnolo, Tullio Galimberti, Vittorio Gasparini, Emidio Mastrodomenico, Salvatore Principato, Angelo Poletti, Andrea Ragni, Eraldo Soncini, Libero Temolo, Vitale Vertemati, erhoben Hauptes gefallen im Namen der Freiheit.
Mit unserer Aktion vor dem Haus des Henkers vom Piazzale Loreto grüßen wir die Überlebenden und Angehörigen, die jüdischen Gemeinden, den Verband der Deportierten ANED und den Partisanenverband ANPI und die antifaschistische Öffentlichkeit Italiens.

Die Linke in Deutschland hat es versäumt, die Nazimörder aus den Ämtern, Polizeirevieren und Machtstellungen zu vertreiben. Eine Zeit der selbstorganisierten Bestrafung durch die Widerstandsbewegungen wie in Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg und Belgien hat es nicht gegeben. Die ehemaligen WiderstandskämpferInnen und Überlebenden des Holocaust mußten, gerade noch aus den Zuchthäusern und Vernichtungslagern entkommen, mitansehen, wie die die Mörder und Naziverbrecher wieder schnell an den Schalthebeln der Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen saßen. Wir deutsche AntifaschistInnen haben viel zu spät aus der Nachwirkung des Nazismus und seinem Weiterleben in der Gesellschaft der BRD politische und praktische Schlüsse gezogen. So waren es vor allem jüdische AntifaschistInnen, die in eigener Regie versuchten, die Naziverbrecher zur Verantwortung zu ziehen.

Der Henker von Milano - eine deutsche Karriere

SS-Hauptsturmführer Theodor Saevecke , Buchholzstr.4 in Bad Rothenfelde, war von 1943 bis 1945 Chef des SD-Außenkommandos von Mailand. Noch heute ist er ein glühender Bewunderer von Mussolini, wie er erst kürzlich einem Journalisten mitteilte.
Saevecke leitete die Razzien, Verhaftungen, Folterungen und Deportationen von JüdInnen und WiderstandskämpferInnen. Er ist für die Deportationen und den Tod von 1200 JüdInnen und WiderstandskämpferInnen in Auschwitz, Dachau und Mauthausen verantwortlich. Am 10. August 1944 ließ er 15 politische Gefangene auf der Piazzale von Loreto erschießen.
Saevecke qualifizierte sich bereits als stellvertretender Leiter eines SS Einsatzkommandos bei der "Lösung der Judenfrage" in Tunesien. Der "Erfinder" des "Gaswagens" SS-Standartenführer Walter Rauff holte Saevecke dann zum SD nach Milano. Sein "Geschäft" wurde die Bekämpfung der Partisanen und die "Lösung der Judenfrage" in Italien. Nach der faktischen Übernahme der Macht durch die deutschen Truppen war der Weg frei, auch in Italien die jüdische Bevölkerung auszurotten. In Saeveckes Dienststelle in Mailand wurde die Razzien, Folterungen und die Deportationen in die Vernichtungslager organisiert.
Saevecke tat sich besonders in der Bekämpfung der Resistenza hervor. In seinem Beisein wurden Partisanen und jüdische Menschen schwer gefoltert. So wurde dem jüdischen

Flüchtling Erich Wachtor auf Anordnung von Saevecke 26 Zähne ausgerissen. Der Hinrichtungsbefehl für das Massaker auf dem Piazzale Loreto und die Anordnung, die Leichen der Gemordeten zur Abschreckung auf dem Platz tagelang liegen zu lassen, trägt ebenfalls Saeveckes Unterschrift. Der Anblick der Toten wurde aber zum Symbol für die italienische Widerstandsbewegung. Es war deswegen kein Zufall, daß die Partisanen die Leiche von Mussollini zu diesem Platz nach Mailand brachten.
Saeveckes Lebenslauf vom Angehörigen eines faschistischen Freikorps, über die Mordkommmission in Krakau zum Gestapochef von Milano endete keineswegs vor einem alliierten oder deutschen Gerichtshof. Der größte Teil der Schreibtischmörder und Mörder in Uniform kamen wieder in Amt und Würden. Sie wurden wie Globke, Oberländer, Filbinger, Best und Schleyer gebraucht für das "neue" Deutschland: für den Aufbau der Geheimdienste, der Armeen, der Polizeiapparate und auch der deutsche Kapitalismus wollte und konnte nicht auf seine erfahrenen Mörder verzichten.
SS-Hauptsturmführer Saevecke wurde nicht zu Verantwortung gezogen. Von den amerikanischen Truppen 1945 vorläufig verhaftet, wurde er aber wie Klaus Barbie oder Karl Hass in die Dienste der CIA aufgenommen, für die er von 1949 bis 1951 in Berlin tätig wurde. Anschließend stieg er rasch in die Sicherungsgruppe Bonn und ins BKA auf. Sein Spezialgebiet war die Bekämpfung des Hoch- und Landesverrates. Auf diesem Posten konnte er wieder hochoffiziell Kommunisten jagen. 1962 leitete Saevecke auf Befehl von Franz Josef Strauss zusammen mit Siegfried Buback die Nacht und Nebel Aktionen gegen den Spiegel. Der Angriff auf die Pressefreiheit und die illegale Verhaftung von Spiegelredakteuren in Spanien unter dem Vorwand des Landesverrates führte zu weltweiten Protesten. Die Erinnerungen an Nazideutschland waren noch allzu frisch. Der Name Saevecke ließ in Tunesien und in Italien die Menschen aufhorchen. Der verantwortliche Leiter des SS Einsatzkommandios in Tunesien und der Chef des SD in Milano Saevecke war ganz offensichtlich nicht tot, im Gegenteil hatte er in Deutschland eine steile Karriere bei der Polizei hinter sich, ohne das seine Verbrechen während des Krieges ihn behindert hätten. Die Enthüllungen führten aber keineswegs zu seiner Verhaftung. Die Ermittlungen in Italien führten zu keiner Anklage, obwohl es genug Zeugen gab. Die zuständigen Justizstellen für Nazikriegsverbrechen in Dortmund waren konsequenterweise mit belasteten Nazijuristen besetzt, die keiner Nazikrähe ein Auge aus aushacken wollten. Der Fall Priebke hat erst kürzlich bewiesen, daß Beweismittel verschwanden oder nicht zur Kenntnis genommen wurden., damit hochbelastete Mörder nicht zur Verantwortung gezogen werden brauchten. Saevecke konnte 1971 in den Ruhestand gehen.
1998 versucht das Militärtribunal in Turin ein letztes Mal den Henker von Milano zur Verantwortung zu ziehen. Angehörige der Opfer und der Partisanenverband treten als Nebenkläger auf. Saevecke fühlt sich sicher, er weiß, daß ein Deutscher nicht ausgeliefert werden darf. Gegenüber der Presse höhnt er, ein Deutscher würde niemals freiwillig vor das Gericht in Turin gehen. Von der deutschen Justiz hat der Mörder in BKA- und SS-Uniform nie etwas zu befürchten gehabt.

In dem Augenblick, in dem wir Auschwitz vergessen, ist es wieder da. (Primo Levi)

Die Erfahrungen der Überlebenden des Holocaust und der WiderstandskämpferInnen werden uns in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sehr fehlen. Ihre Erzählungen und Erinnerungen bleiben aber für alle Zeiten eine wichtige Waffe im Kampf gegen Faschismus und Rassismus und gegen Menschenverachtung überall auf der Welt.

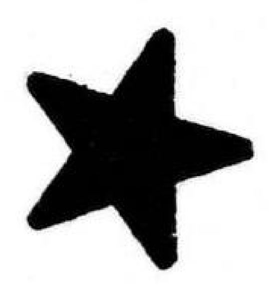
Wir rufen die antifaschistischen Gruppen auf, nutzt die Zeit, lernt die Überlebenden persönlich kennen. Unterstützt die Angehörigen. Ladet ehemalige ZwangsarbeiterInnen ein und erkämpft mit ihnen Entschädigungszahlungen von den Konzernen. Die Überlebenden in Lettland, Litauen, Estland, in der Ukraine und Weißrußland und anderswo sollen einen lebenswürdigen Lebensabend haben. Sie sollen nicht in Armut dahinvegetieren während die Mörder mit fetten Pensionen und Kriegsrenten ungestört in Deutschland leben.
Nutzen wir die Zeit, den Mördern ihre Renten zunehmen, lasst ihnen keine Ruhe....
Einige Kriegsverbrecher, die in Italien an Massakern und Deportationen beteiligt waren, warten noch auf antifaschistischen Besuch:
Karl Titho ließ am 12. Juli 1944 68 Menschen im Lager Fossoli ermorden. Titho und Hans Haage, leiteten gemeinsam das Lager Fossoli, aus dem Tausende Italiener und Juden in Viehwaggons in die Gaskammern von Auschwitz geschickt wurden. Siegfried Engel und Otto Kaess waren an der Exekution von 59 Menschen am 19.Mai 1944 am Turchino Pass beteiligt..

Kein Vergeben! Kein Vergessen!
con la Resistenzia- contro il fascismo!

antifaschistische Gruppen - gruppi antifascisti di Germania 10.8.98

Dänemark

Nazimarsch für Rudolf Hess :
Von der Farce zur Parodie



Der Nazimarsch anno 98 ...

Am 15,august 1998 marschierten 132 Nazis aus dem nordeuropäischen Raum für ihr myhologisches Vorbild Rudolf Hess. Wie in den vorangegangenen Jahren konnten die Nazis nur unter massiven Bullenschutz demonstrieren. So wurde wie die Jahre zuvor der Nazimarsch in grosser Hast und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Allerdings war dieses Jahr , wohl der absolute Tiefpunkt der für eine Demonstration überhaupt möglich ist , erreicht : So marschierten genau 132 Nazis mit Hakenkreuzfahnen und Rudolf Hess - Bildern um 8 Uhr 30 im Schnellmarsch zum lokalen Rathaus von Greve , eines Aussenbezirkes von Kopenhagen. Die Bewohner des überwiegend aus Einfamilienhäusern bestehenden Viertels um den tristen Nazibunker herum , waren an diesen Samstagvormittag noch nicht auf der Strasse, sodass nur ungefähr 300 Bullen diesen makaberen , anarchronistischen Zug folgte . Schutz und Publikum zugleich... Nach ungefähr einer halben Stunde war der ganze Spuck bereits wieder vorbei und die Nazis drängten sich zurück in den sicheren Bunker des dänischen Naziführers Jonni Hansen . In dieser halben Stunde hielten sie einige kurze Ansprachen , die niemand hörte und fotografierten wie wahnsinnig ihren Aufmarsch für die internationale Nazi-szene. Von den 132 Nazis kamen über die Hälfte aus dem benachbarten Ländern Schweden, Norwegen und der BRD.

... und der Widerstand (oder besser gesagt : Protest !)

Diese Jahr gab es wieder verschiedene Initiativen aus dem anti-rassistischen Spektrum.

Das Antirassistische Netzwerk, bestehend aus verschiedenen linken Gruppen und anti-rassistischen Initiativen, sowie bekannte Leute aus den bürgerlichen und sozialdemokratischen Spektrum. Politisch orientiert sich diese "linke" Initiative an einem durchwegs bürgerliche Anti-faschismus der nicht bereit ist eine anti-rassistische Orientierung mit einer konsquenten anti-kapitalistischen Strategi zu verbinden. Dementsprechend war ihr Demokonzept streng ausgerichtet innerhalb des gesetzlichen Rahmens .So demonstrierten am späten Vormittag ungefähr 1000 Teilnehmer nach Greve. Allerdings stoppten die Organisatoren die Demo bereits 500 m entfernt vor der ersten Bullensperre , die weiträumig das gebiet um das nazihauptquatier abschirmten. Obwohl diese selbsternannten Jungfunktionäre versuchten die Leute am weitergehen zu verhindern, (" das ist unsere Demo , hier bestimmen wir ! " ...) gingen ungefähr ein Drittel der Demoteilnehmer weiter. Sie räumten die erste Bullenabsperre beiseite und drängten vorwärts zur zweiten Bullenabsperrung, um den Faschos möglichst direkt unseren Widerstand zu veranschaulichen. Als die Bullen mit Tränengas in die Demonstranten schossen und mit gepanzerten Autos in einer Reihe vorrückten zogen sich die 250 Anti-fas wieder zurück . Nicht zuletzt wegen des pazifistischen Teils der Demo im Hintergrund und den dort anwesenden Kindern.
Die selbsternannten Demo-funktionäre distanzierten sich später in den bürgerlichen Medien von uns als " Kaoten " und " als nicht zur " ihrer " Demo gehörende Krawallmacher ". Ein eklatanter Bruch mit der politischen Bestimmung einer demokratischen Aktionseinheit .
Die Demo zog sich danach ungefähr einen km zurück und verblieb dann noch einige Stunden in Greve.

Militanter anti-fa. Demo-block im Bullenkessel

Eine kleine militante anti-fa. - Demo wurde von den Bullen am fühen nachmittag beim Abmarsch von der Stadtbahnstation in Greve eingekesselt und mussten darin einige Stunden ausharren, bevor sie nach Kopenhagen zurückkehren konnten.

Bürgerliche anti-nazi Manifestation im Stadtzentrum

Im Zentrum Kopenhagens versammelten sich um die 1500 Teilnehmern zu einer anti-Nazi-Manifestation. Aufgerufen dazu hatten die jüdische Gemeinde in Kopenhagen, sowie einige anti-rassistische Vereinigungen. Redner waren u.a. der pro-zionistische, konservative Rabiner der jüdischen Gemeinde.

An den dänischen Grenzübergängen wurden GenossInnen aus Norwegen, Schweden und der BRD abgewiesen. Eine kleiner Gruppe Antifas aus der BRD wurde in Kopenhagen vorübergehend verhaftet und ID-behanelt.

Trotz der offensichtlichen Widersprüchlichkeiten und Schwächen innerhalb des anti-fascistischen Protestes, wurde erreicht, dass die Faschos in den keinst möglichen Bewegungsraum zu agieren gezwungen waren. So wurde der Nazimarsch zu einer absoluten Parodie . **No pasaran !**
Und viele solidarische Grüsse an euch , sowie an die gefangenen GenossInnen aus der RAF !

Einige autonome aus Kopenhagen

Aktionswochenende in Greifswald 11.-13.09. 98

Um das ZLN Lubmin / Greifswald darf es keine widerstandsfreie Zone geben!

...früher aufstehen als der CASTOR...

zum Anti-Atom-Aktionscamp bei Lubmin. Dort könnt Ihr Euch schon mal mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut machen. Es ist Zeit zum diskutieren und zum planen gegen den CASTOR-Transport am Tag X 1999 ins ZLN.
Wir wollen im Vorfeld die Bevölkerung verstärk aufmerksam machen.

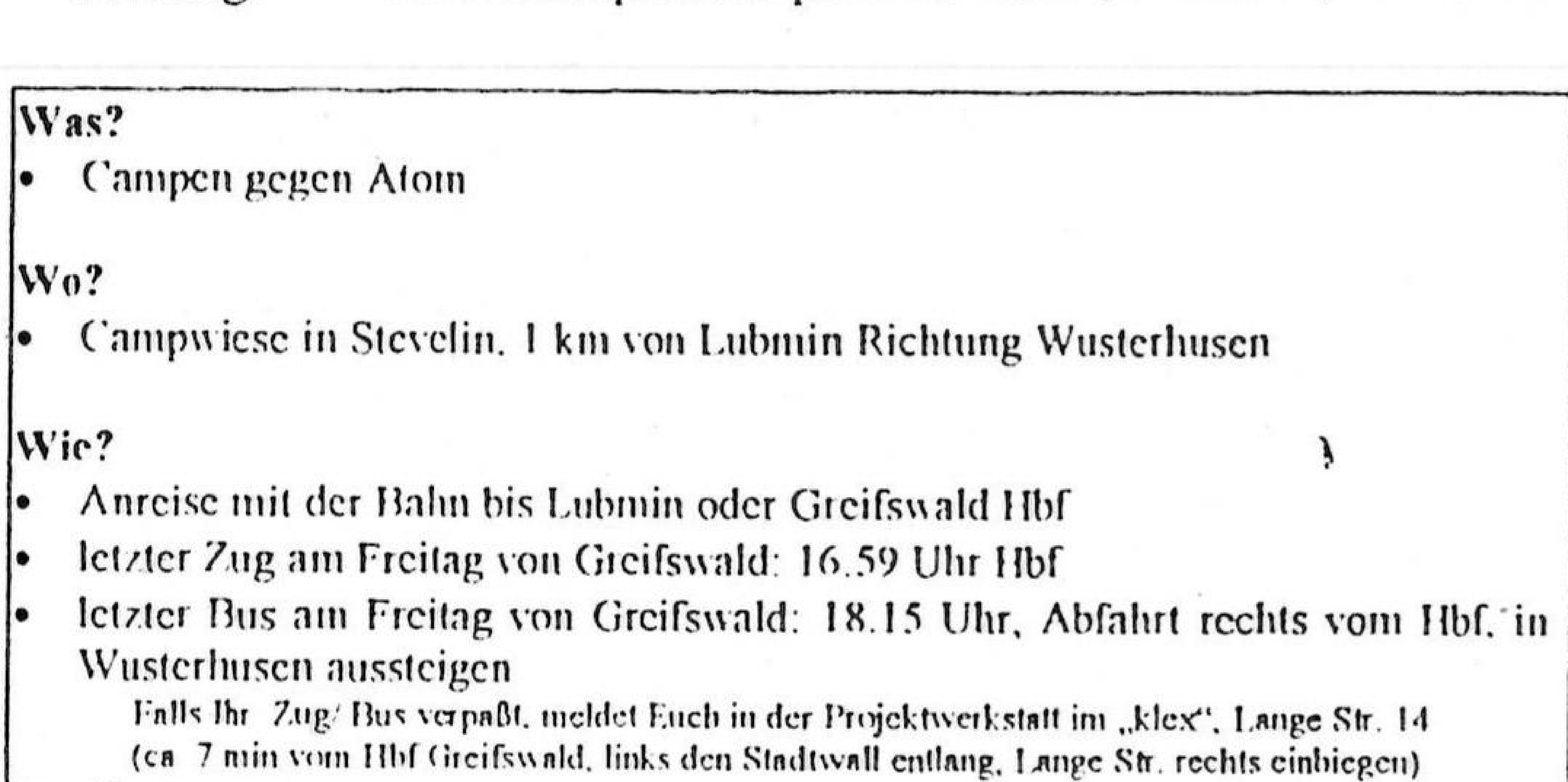
Wie das Wochenende aussehen könnte:

Freitag: Anreise nachmittags
Abend: Standortplenum
Lubmin und die Stimmung vor Ort
Film

Samstag: unser Aktionsmotto: **Wir machen dicht!**
vormittags: Aktionsplenum
nachmittags: bunte Aktion am Lager,
Themenarbeitskreise
abends: Anti-Atom-Romantik mit Musik

Sonntag: Abschlussplenum plus Kontakte, Kontake, Kontakte





Was?
- Campen gegen Atom

Wo?
- Campwiese in Stevelin, 1 km von Lubmin Richtung Wusterhusen

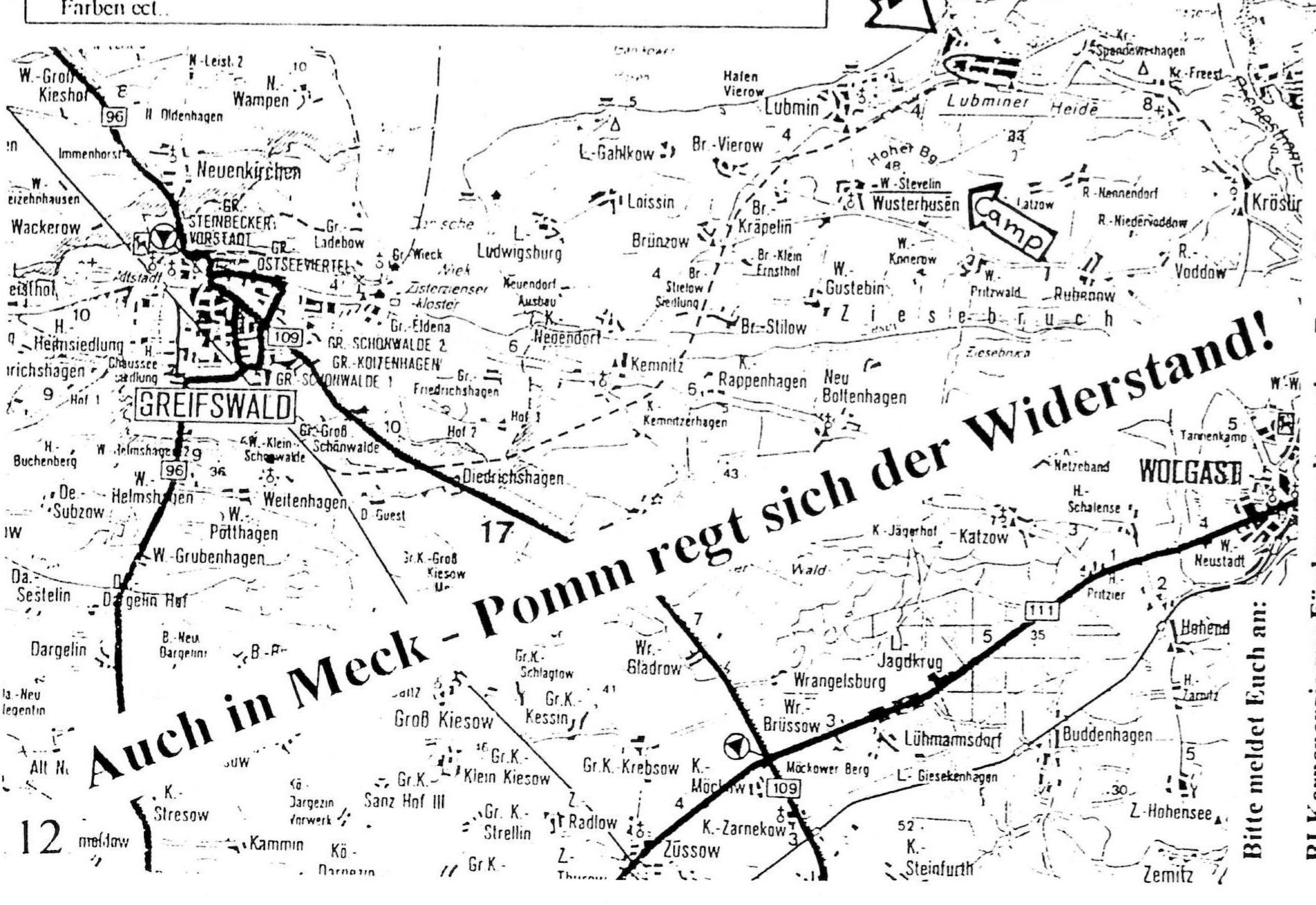
Wie?
- Anreise mit der Bahn bis Lubmin oder Greifswald Hbf
- letzter Zug am Freitag von Greifswald: 16.59 Uhr Hbf
- letzter Bus am Freitag von Greifswald: 18.15 Uhr, Abfahrt rechts vom Hbf. in Wusterhusen aussteigen

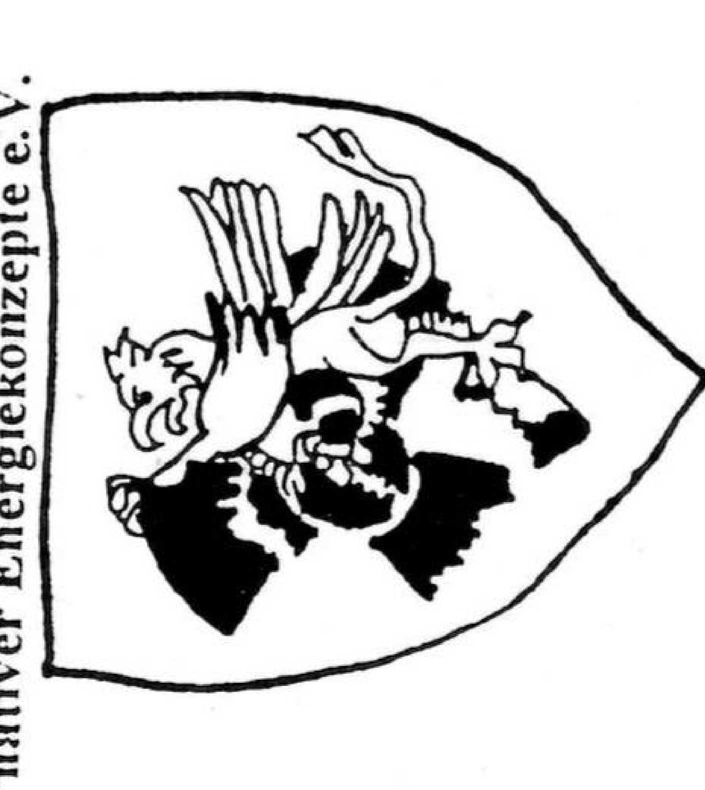
Falls Ihr Zug/ Bus verpaßt, meldet Euch in der Projektwerkstatt im „klex", Lange Str. 14 (ca. 7 min vom Hbf Greifswald, links den Stadtwall entlang, Lange Str. rechts einbiegen)

Es gibt Pendelverkehr.
Tel. : 03834/ 897514
- Wer unbedingt mit dem Auto kommen muß, parkt in Wusterhusen
- Wir versorgen uns vegetarisch/vegan. Auf Eueren kostendeckenden Beitrag von 30 DM und Euere Mithilfe beim Kochen sind wir angewiesen.
- Ihr braucht unbedingt Schlafsack und Isomatte, wenn mgl. Zelt
- Gut wäre noch eigenes Aktionsmaterial mitzubringen: Infomaterial, Stoff, Farben ect..

Wann, wenn nicht jetzt?

Atomausstieg sofort!





Bitte meldet Euch an:

BI Kernenergie zur Förderung alternativer Energiekonzepte e.V.
c/o Dr. Rosmarie Poldrack
Fleischerstraße 22
17489 Greifswald
Tel/ Fax 03834 / 892150
e-mail:Bi.Kernenergie@GRYPS.comlink.apc.org

BI Wolgast/Usedom ohne Atommüll
c/o Arne Reiher
Grenzstrasse 1
17419 Seebad Ahlbeck
Tel./Fax.: 038378 - 229 20
e-mail: biwolgast@topmail.de · weitere Infos: http://www.greifswald-online.de/wbi-kernenergie

Infos zum Verhalten im „Schnellverfahren"
- vom Berliner Ermittlungsausschuß -

VORWEG: Dies ist unsere zweite Version zu diesem Thema:

Die erste Version ist unter dem Titel „Infos zum Verhalten vor dem sogenannten „Schnellgericht" - vom Berliner Ermittlungsausschuß" Anfang des Jahres (ua. im Antifa-Infoblatt) veröffentlicht worden. In dieser ersten Version sind wir sehr ausführlich auf juristische Antragsmöglichkeiten innerhalb des Schnellverfahrens eingegangen. Die Rote Hilfe-Ortsgruppe Hamburg hat unserer Meinung nach zu Recht kritisiert, daß über die Auflistung juristischer Anträge, die sich im Streßfall wahrscheinlich eh nur die wenigsten merken können, eher Angst als Sicherheit vermittelt wird.
Zudem hatten wir aus Versehen dazu aufgefordert, mögliche EntlastungszeugInnen namentlich zu benennen. Das war und ist natürlich totaler bull-shit, weil es unnötigerweise andere Leute in das Schnellverfahren mitreinzieht, was ohne Absprache mit den ZeugInnen und ohne anwaltliche Beratung immer völlig daneben ist. Deswegen zogen wir diese erste Version zurück und bitten euch, solltet ihr sie irgendwo in die Finger bekommen: wegschmeißen!!" Hier folgt nun unsere überarbeitete Fassung - in der wir uns auf die wesentlichen Informationen beschränkt haben.

Das Schnellverfahren, juristisch ist von „beschleunigtem Verfahren" die Rede, gibt es in der jetzigen Form seit 1994. 1997 wurde noch dazu die Hauptverhandlungshaft eingeführt. Seit Sommer 1997 wird das Schnellverfahren in Verbindung mit der Hauptverhandlungshaft verstärkt angewandt.
So wurden schon im Sommer 1997 in Suhl/ Thüringen sieben BaumbesetzerInnen (Aktion gegen den geplanten Autobahnbau) per Schnellverfahren zu dreimonatigen Bewährungsstrafen bzw. Geldstrafen zwischen 300 und 1300 DM verurteilt. Weitere Urteile gab es in Heilbronn, München und Göttingen. Wir können davon ausgehen, daß dieses juristische Mittel in Zukunft verstärkt gegen uns anwendet wird.

Das Gesetz zum beschleunigten Verfahren ermöglicht es, Verdächtige bei „klarer Beweislage" und „einfachem Sachverhalt" in Bagetelldelikten wie beispielsweise Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigung sofort oder binnen kurzer Frist zu verurteilen.
Es kann ein Hauptverhandlungstermin innerhalb einer Woche ab der Festnahme festgesetzt werden. Bis dahin kann der/die Beschuldigte in Hauptverhandlungshaft genommen werden.
Der Antrag ist vom Staatsanwalt zu stellen. Eine Anklageschrift ist nicht erforderlich, die Anklage kann mündlich durch den Staatsanwalt vorgetragen werden. Der/die Beschuldigte muß mindestens 21 Jahre sein und das zu erwartende Urteil höchstens ein Jahr betragen.

Sollte das zu erwartende Strafmaß eine Geldstrafe oder höchstens ein halbes Jahr betragen, kann das Verfahren ohne RechtsanwältIn durchgeführt werden. Bei einer Straferwartung von mehr als einem halben Jahr ist ein Rechtsbeistand vonnöten. Es kann passieren, daß einem dann ein Pflichtverteidiger vom Amtsgericht bestellt wird.

Das heißt in der Konsequenz, daß Ihr, wenn Ihr auf einer Demo oder Aktion festgenommen werdet, damit rechnen müßt, innerhalb einer Woche abgeurteilt zu werden und bis dahin im Knast bleibt und die Verhandlung ohne RechtsanwältIn bzw. mit PflichtverteidigerIn durchstehen müßt.

Erklärtes Ziel des "Schnellgerichtsverfahren", das mit dem ausdrücklichen Hinweis der Eignung für „reisende Gewalttäter" eingeführt wurde, ist die Abschreckung von "TäterInnen". Kriminologen und Justiz gehen davon aus, daß Strafen eher "erzieherisch wirksam" und "abschreckend" sind, wenn die Strafe unmittelbar der Tat folgt.
Mit dem Wegfall der Anklageschrift, der Einschränkung der Beweiserhebung, der Möglichkeit, Vernehmungsprotokolle bei Abwesenheit der ZeugInnen (zB. BullenzeugInnen) verlesen zu lassen, dem ausgehebelten Recht auf ausreichende Prozeßvorbereitungszeit und Rechtsbeistand, sind wesentliche prozessuale Schutzrechte der Angeklagten massiv eingeschränkt worden.

Also, was tun?!
Zunächst einmal sollten die, die an einer Aktion/-Demo teilnehmen wollen, die Möglichkeit einplanen, daß welche einfahren und mit einem Schnellverfahren belegt werden. Deswegen ist es wichtig in der Lage zu sein, schnell AnwältInnen zu den Betroffenen zu schicken.
Für diesen Zweck solltest du nach deiner Festnahme so schnell möglich den EA, bzw. falls nicht vorhanden, eine FreundIn informieren, damit sie, sollte die Staatsanwaltschaft bei dir ein Schnellgerichtsverfahren durchziehen wollen, eine AnwältIn mobilisieren können.
Der/die RechtsanwältIn kann versuchen, das Schnellverfahren noch abzubiegen. Zumindest kann er/sie dich im Verfahren selbst vertreten. Manchmal lassen dich die Bullen nicht anrufen. Du hast das Recht zu telefonieren und kannst darauf bestehen.

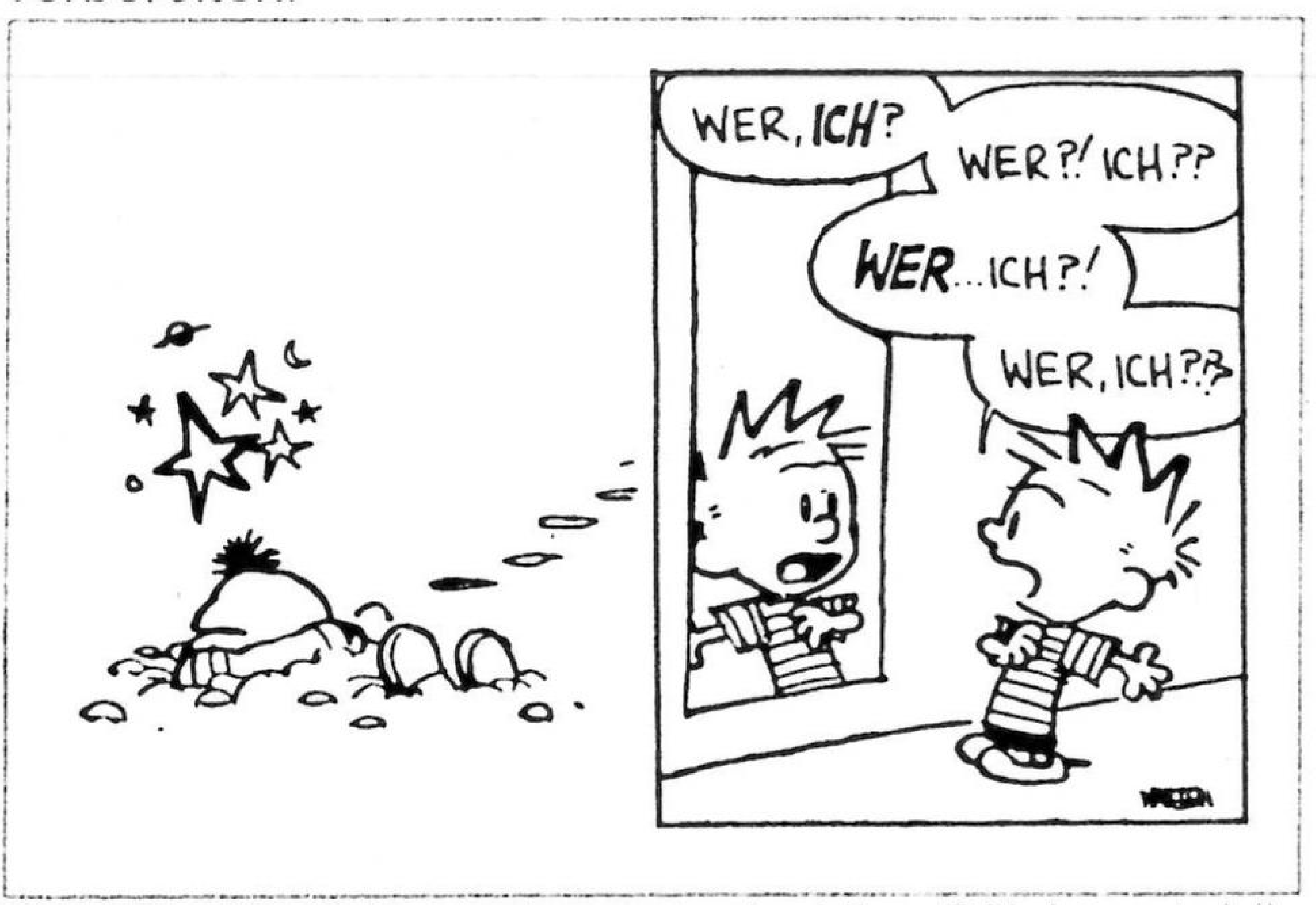
Versuche es immer wieder neu, wenn du mit anderen Bullen zu tun hast. Spätestens beim Richter wirst du telefonieren können, was allerdings zu spät ist, um eineN AnwältIn zu informieren.



Im schlechtesten Fall stehst du also allein vor dem/der RichterIn.
Aber auch das wirst du durchstehen.
In der Hauptverhandlung mußt du außer deinen Personalien (Name, Meldeadresse, Geburtsdatum und ungefähre Berufsangabe) nichts sagen. Verweigere auf jeden Fall jede Aussage. Solange du dich nicht mit einem Anwalt beraten konntest und solange du auch im Verfahren ohne AnwältIn bist, solltest du zum Tatvorwurf NICHTS sagen.
Laß die Verhandlung einfach über dich ergehen.
☺ Du kannst die ganze Zeit schweigen, oder auf jede Anrede antworten, daß du die Aussage verweigerst.
☹ Du kannst während der Verhandlung permanent Forderungen stellen und dich über alles mögliche beschweren, zB., daß du nicht telefonieren durftest.
✍ Falls du verletzt worden bist und bisher keine Ärztin kam, obwohl du danach verlangt hast, kannst du auch jetzt noch fordern, vom Arzt untersucht zu werden. Du kannst dich aus gesundheitlichen Gründen für verhandlungsunfähig erklären.
✉ Du kannst darauf bestehen, daß die Verhandlung protokolliert wird.
✈ Du kannst während der gesamten Verhandlung immer wieder die Einschaltung einer RechtsanwältIn deiner Wahl fordern oder, daß die Verhandlung zwecks Prozeßvorbereitung unterbrochen werden soll.
✌ Du kannst Befangenheitsanträge gegen den/die RichterIn stellen.
Im „beschleunigten Verfahren" ist es zulässig, Zeugenaussagen (z.B. von Bullen oder anderen Belastungszeugen) zu verlesen. Das dient zur Verfahrensvereinfachung. Dazu benötigt das Gericht aber die Zustimmung des/der Beschuldigten. Diese solltest du in jedem Fall verweigern.
Eine Möglichkeit ist auch, durch Stören den eigenen Ausschluß vom Verfahren zu provozieren. Ob sie dich auch in Abwesenheit verurteilen können, ist nicht bekannt. Es wäre einen Versuch wert.

Am besten, du legst mit der Urteilsverkündung gleich Beschwerde gegen das Urteil ein.
Nach der Verhandlung kommst du mit größter Wahrscheinlichkeit raus. Es wäre bei einer Haftstrafe unter einem halben Jahr sehr ungewöhnlich, daß sie nicht zur Bewährung ausgesetzt wird, bzw. daß sie dich drinbehalten. Du sollest dann gleich deine Haftprüfung beantragen, die spätestens zwei Wochen nach deinem Antrag stattfinden muß. Bis dahin wirst du oder deine FreundInnen einen Anwalt auftreiben können. Und wie gesagt: das ist das worst case-Szenario. In aller Regel bist du nach dem Schnellverfahren wieder draußen. Du kannst dir jetzt in Ruhe und mit eineR AnwältIn überlegen, was du tun willst. Du hast eine Woche Zeit, Berufung einzulegen, wenn du das nicht gleich im Anschluß an die Urteilsverkündung gemacht hast. (Ausnahme: Bei geringen Verurteilungen unter 15 Tagessätzen kann ein „offensichtlich unbegründeter Berufungsantrag nach §313 StPO abgelehnt werden)

Möglich ist aber auch, daß du einen Pflichtverteidiger vom Amtsgericht beigeordnet bekommst, weil du zu mehr als einem halben Jahr verurteilt werden sollst. Du kennst diesen Anwalt nicht, und solltest deshalb von ihm fordern, den Abbruch des Verfahrens und die Ansetzung eines neuen Termins zu erwirken. Darauf könntest du dich dann in aller Ruhe zusammen mit einer/m AnwältIn deiner Wahl vorbereiten.



Schlimmstenfalls bekommt der/die PflichtverteidigerIn diesen Antrag nicht durch oder ist von vorneherein nicht gewillt, deine Interessen in diesem Sinne zu vertreten. Juristisch wäre es in diesem Fall leider möglich, dich zu einer Haftstrafe zu verurteilen. Die Berufung müßtest du dann zusammen mit deiner/deinem AnwältIn vom Knast raus einlegen.

Ansonsten möglichst die Ruhe bewahren! und laßt euch zu keinen Aussagen hinreißen. Die Situation bei den Bullen und im Schnellverfahren ist für euch auf jeden Fall stressig und es macht Sinn, sich vorher mal ein paar Gedanken dazu zu machen. Es gibt übrigens einen Haufen guter Broschüren zur Aussageverweigerung (z.B. von der Roten Hilfe oder „Durch die Wüste")

AM BESTEN LAßT IHR EUCH EINFACH NICHT ERWISCHEN

Ermittlungsausschuß Berlin,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Telefon: 030-6922222

LKA razzt wieder:

neue § 129a-Ermittlungen in Göttingen

Am Morgen des 11. Augusts führte der Staatsschutz in Göttingen den Beschluß des Ermittlungsrichters des BGH, Dr. Wolst, aus: mit einem Oberstaatsanwalt aus Karlsruhe, einem Staatsanwalt, drei BeamtInnen des LKA Hannover und einem Göttinger Computerspezialisten durchsuchten sie die Wohnung und den Arbeitsplatz eines Menschen aus der Göttinger Linken. Ihm wird vorgeworfen, mit „mindestens zwei weiteren - unbekannten - Personen aus der autonomen Szene in Göttingen" eine „terroristische Vereinigung" (§129a StGB) gebildet zu haben und u.a. an dem Anschlag auf das Göttinger Arbeitsamt am 7. November 1997 „Autonome, Göttingen") beteiligt gewesen zu sein. Ferner werden der mysteriösen „terroristischen Vereinigung" die Anschläge auf das Amts- und Landgericht im Mai 1995 unter dem Namen „autonomes justice department" und auf zwei Kfz der Firma „Erdbaulabor" 1996, die am Bau der neuen Bullenwache beteiligt war, zugeordnet.

Neben seinem Zimmer in einer Göttinger Wohngemeinschaft durchsuchten sie deren Keller, Dachboden und Gemeinschaftsräume. Angebliches Ziel der Durchsuchung sei die Sicherstellung „sämtlicher Unterlagen privater wie geschäftlicher Natur, soweit diese Hinweise enthalten auf eine Beteiligung des Beschuldigten oder dritter Personen an dem Brandanschlag auf das Göttinger Arbeitsamt (...) sowie an der Erstellung des entsprechenden Selbstbezichtigungsschreibens, insbesondere Unterlagen und Aufzeichnungen zu den Themen 'Arbeitslosigkeit und Sozialabbau'". Trotz intensiver Suche auf Festplatte und Disketten muten sich die Bullen damit abfinden, daß sie dort nichts fanden. Statt dessen beschlagnahmten sie einen Ausdruck des Bewerbungslebenslaufes, Sturmhaube, Leuchtstift und Leuchtspurpatronen u.ä. Rätselhaft bleibt die Beschlagnahme zweier Packungen Gefrierbeutel, Zündhölzer (Marken „Europa" und „Risaer") und einer Rolle braunes Klebeband.

Der Durchsuchungsbeschluß erstreckte sich auch auf die Räumlichkeiten eines Göttinger Büros für Medienbeobachtung und Presseausschnittsdienst, in dem der Betroffene angestellt ist. Da im BekennerInnenschreiben zum Anschlag auf das Göttinger Arbeitsamt aus einer Freitagsausgabe der Wiener Tageszeitung „Der Standard" zitiert wird und eben jenes Büro die Wochenendausgabe dieser Zeitung (neben 180 anderen Publikationen) abonniert, gehen die ermittelnden Behörden davon aus, daß der Beschuldigte aufgrund seiner Tätigkeit „Zugang zum gesamten redaktionellen Teil der (...) abonnierten Wiener Tageszeitung 'Der Standard' [hat]. Desweiteren kann sich der Beschuldigte sämtlicher Recherchemöglichkeiten im Rahmen des Presseauskunftsdienstes bedienen". Schon vor ca. Einem halben Jahr war das LKA mit einer Namensliste von rund 80 für sie verdächtigen Personen beim Chef des Göttinger Unternehmens aufgelaufen, um herauszufinden, ob eine dieser

Personen zum entsprechenden Thema recherchieren ließe. Auf dieser Liste befand sich auch der jetzt von den Ermittlungen Betroffene. Im Anschluß an die ergebnislose Durchsuchung seines Arbeitsplatzes wurde der Betroffene nach ED-Mißhandlung „entlassen".
Ihr Ermittlungskonstrukt fußt auf zwei „Begründungen". Zum einen gehört der Beschuldigte zum Kreis derer, die im Zusammenhang mit einer Razzia im April 1997 verdächtigt wurden, vermeintliche RedakteurInnen des wöchentlichen Stadtinfos „göttinger Drucksache" zu sein. Dieses Verfahren wurde zwar aus Mangel an Beweisen eingestellt, gibt den ermittelnden Behörden jedoch Grund, zu mutmaßen. Denn „die göttinger Drucksache ist derzeit die einzige alternative Publikation, die sich mit der Thematik „Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" intensiv befaßt". In diesem Zusammenhang verweisen sie auf einen Artikel in der göDru vom Februar 1997, der „bereits - ebenso das bekannte Selbstbezichtigungsschreiben - auffällig viele Fakten und statistische Werte" aufweise. Zum anderen biete die Auswertung des BekennerInnenschreibens zum Anschlag auf das Arbeitsamt „Anhaltspunkte dafür, daß der Verfasser des Selbstbezichtigungsschreibens einer privaten Job-Vermittlung angehört".

Die Paragraphen 129/a waren bei einer Verurteilungsquote von ca. 5% schon immer Ermittlungsparagraphen gegen die Linke. Mit ihnen wurde über z.T. absurdeste Konstrukte versucht, einen Fuß in die linke Szene zu kriegen, um sie mit erweiterten Ermittlungsmöglichkeiten auszuleuchten und -spionieren. Das zeigt auch der Kommentar der Sprecherin der Generalbundesanwaltschaft „Das ist häufig so. Irgendwo müssen wir anfangen".
Die Absurdität ihres jetzigen Konstruktes, die es schon als Konstrukt entlarvt, sollte nicht über die eigentliche Heftigkeit der aktuellen Ermittlungen hiwegtäuschen. Nach ihren Niederlagen bei den § 129/a - Ermittlungen gegen die Autonome Antifa (M), den Buchladen Rote Straße und den offensichtlichen Lügen von Nazis und Bullen beim „Mackenrodeprozeß", der mit Freisprüchen für alle Angeklagten endete, nehmen sie wieder Anlauf, um die Göttinger Linke anzugreifen. Es scheint vielmehr, daß der Themenkomplex „Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" zu einem neuen „anschlagsrelevanten Thema" stilisiert werden soll. JedR LinkeR, die/der zu diesem Thema arbeitet, könnte nach ihrer Logik für den Anschlag aufs Arbeitsamt verantwortlich sein.

deshalb: no justice, no peace !

Einstellung aller laufenden §§129/a - Verfahren

Ihre Konstrukte als Lügen entlarven - dem Staatsschutz keinen Meter !









Kiel, August 1998



»...vielleicht nicht die Zeit der Parolen...«

Da Bewegung immer auch ein Gedächtnis braucht, spricht die Archivgruppe mit zwei schon länger praktizierenden Autonomen über vergangene Zeiten und gegenwärtige gesellschaftlich relevante Fragen.

Archiv: Ihr habt eine Passage aus dem Vorwort der alten Dokumentation zum Weserstadion gelesen. Was fällt euch zu dem Text ein?

Kim: Was mir zuerst aufgefallen ist, sind einfach die Zahlen der Demonstrierenden, der Begriff der antimilitaristischen Bewegung und dann die Nachrüstungsgeschichten, also der Unterschied zwischen der Situation damals und heute.

Tom: Was mich überrascht, ist, daß in dem Text gar nicht drinsteht, daß am 12.12.1979 die Verkündigung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses gewesen ist. Das ist ja ein Beschluß, mit dem sozusagen ein zweiter Kalter Krieg eingeleitet worden ist. Da war der erste Kalte Krieg, der vielleicht bis zur Kuba-Krise ging und danach in eine Entspannungspolitik überführt worden ist, die dann Ende der 70er Jahre anfing zu bröckeln. Sei es durch eben diese NATO-Aufrüstungsbeschlüsse, sei es auch durch den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan. Das taucht in diesem Text gar nicht auf, obwohl das Gelöbnis in einen Zusammenhang mit der NATO gestellt wird, und dies ein Gegenstand ist, wo man versuchen, kann eine Polarisierung aufzubauen.

Ich kann mich auch noch erinnern, daß damals eine neue Kriegsangst anfing umzugehen, was auch von den Massenmedien aufgegriffen wurde. Solche Stimmungen sind ja auch wichtig, als Hintergrund von Aktionen und Protesten, oder wie etwas wahrgenommen wird.

Archiv: Aber die, die in Bremen militant agiert haben, haben das ja nicht mit Kriegsangst begründet, sondern haben dagegen die Parole »Krieg dem Krieg« gesetzt, und sich in ein kämpferisches und politisches Verhältnis gesetzt.

Tom: Ja bestimmt, aber ich sag erst mal was dazu, warum überhaupt 15.000 Menschen da waren, also eine Zahl, von der man heute nur noch träumen kann. Das ist eigentlich nur erklärbar mit einer allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung, dann gab es ein extrabreites Bündnis, selbst Teile der SPD haben ja mobilisiert, und Bremen hatte eine relativ linke Uni. Dann gab es Kräfte, die sagten, sie haben weniger Furcht, sondern sehen eher die Möglichkeit anzugreifen, aus einem Verständnis heraus, das in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre entstanden war.

Archiv: Was ist das für ein Verständnis, das in den Auseinandersetzungen zum Ausdruck kommt?

Tom: Ich würde sagen, daß die, die in Bremen die militanten Auseinandersetzungen geführt haben, dies aus einem antiimperialistischen Verständnis gemacht haben, vor dem Hintergrund der Parole »Krieg dem Krieg«. Und ob es den Leuten bewußt war oder nicht, das geht zurück auf eine Forderung von Lenin oder Trotzki, den Weltkrieg in einen revolutionären Weltkrieg umzuwandeln. In dem Sinne ist »Krieg dem Krieg« vielleicht eine Kurzvariante davon und zielt auf eine sozialistische Umwälzung.

Archiv: In Berlin war jetzt auch ein Gelöbnis, dort waren statt 15.000 Leuten 1.500 und von Autonomen oder Antiimperialisten gab es keine Parole wie »Krieg dem Krieg«, sondern nur »GelöbNIX«, was eher von den Resten der Friedensbewegung inhaltlich gefüllt wurde.

Kim: Mit den Inhalten war es so, daß es ein Bündnis unterschiedlicher Gruppen war, und alle, die dazu was sagen wollten, dies auch konnten. Die Kundgebung war dann relativ zusammenhangslos.

Tom: Die traditionellen Antiimperialisten, die sich auf die Sowjetunion bezogen, gibt es heute nicht mehr. Ich denke, die Motive der Menschen, die in Berlin demonstriert haben, auch mit dem Wunsch die Veranstaltung zu stören, sind sehr vielfältig. Sei es die Integration oder Desintegration der Stadt zwischen Ost und West, was die PDS motivieren kann, an diesen Protesten teilzunehmen, sei es eine Vorstellung, orientiert an einer zivilen Republik, wonach das Militär im öffentlichen Raum nichts zu suchen hat, also dafür demonstriert wird, Gelöbnisse in Kasernen stattfinden zu lassen. Das wäre eine Position der Grünen. Dann wären da die Autonomen, die schon ein Interesse haben, hier in die Suppe zu spucken, aber ohne daß das mit einer gesellschaftstheoretischen Vision verbunden ist, also nach dem Motto: Alles, was die Herrschenden nervt, ist erstmal gut. Dazu läßt sich noch sagen, daß es in Berlin diese antimilitaristische Arbeit, sprich Kriegsdienstverweigererberatung gibt, die eine sehr professionelle Lobbyarbeit aufgestellt hat und sich aus ihrem Selbstverständnis natürlich beteiligen muß. Dann gab es noch eine Reihe junger Leute, die gute Absichten haben.

Kim: In Berlin kommt dazu eine Hauptstadtideologie, die momentan vorangetrieben wird. Zur Repräsentation gehört danach auch die Wehrhaftigkeit, und die Durchführung der Vereidigung mitten in der Stadt, mit den ganzen Eliten, abgeschirmt von der Öffentlichkeit, war sicher auch ein Grund zu demonstrieren. Daß die Beteiligung so ungeheuer schwach war, liegt auch daran, daß man sich gegenüber der Durchsetzung der neuen Hauptstadtform so hilflos fühlt, da in Berlin gegen Demonstrationen hart vorgegangen wird.

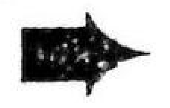
Tom: Aber z.B. in Bonn waren die Proteste gegen die 40-Jahres-Feier der Bundeswehr auch marginal. 1980 waren da 12.000 Leute beim Gelöbnis, heute waren es nur 1.000, obwohl ein breites Spektrum zu Protesten aufgerufen hat. Die geringe Beteiligung ist eher darauf zurückzuführen, daß wir in einer anderen Situation leben, nicht nur innenpolitisch, sondern weltweit und mit einer veränderten Bestimmung der Bundeswehr und der NATO. Klar wird in Berlin besonders zugedroschen, wohinter eine Politik steht, nach der am liebsten überhaupt nicht mehr demonstriert werden sollte.

Kim: Das Gefühl der Schwäche läßt sich auf die gesamtgesellschaftliche Situation übertragen, und auch die Unsicherheit, wofür oder wogegen man eigentlich demonstriert und in welcher Formation.

Archiv: Ein Unterschied zur antimilitaristischen Bewegung der 80er Jahre ist, daß Teile der damaligen Bewegung heute bei den Grünen sind und dort ein Diskurs abläuft, wo selbst die Äußerung linksliberalen Gedankengutes abgestraft wird, wie in der Trittin-Debatte.

Tom: Trittin hat eine zivilgesellschaftliche Position begründet und ist damit von Teilen der eigenen Partei über den Haufen gerannt worden, was den ungeheuren Opportunismus dieser Partei illustriert. Ich könnte mir aber vorstellen, daß diese Position unabhängig von der Partei in einem liberalen Spektrum auf große Sympathien stößt. Es ist auch nicht so, daß sich die gesamten Grünen dagegenstellen, Trittin hat danach sogar einen parteiinternen Erfolg erzielt, indem seine Position gestärkt wurde. Klar ist aber, daß aus der Perspektive der Macht diese Position bekämpft werden muß und die CDU dabei Bündnisgenossen bis in die Grünen hinein hat. Aktuell ist das aber eine Kampagne zur Bundestagswahl der CDU, die politisch einfach nichts mehr anzubieten hat.

Archiv: Aber es geht ja nicht nur um Wahlkampf, sondern auch um eine Militarisierung der Gesellschaft als Voraussetzung für eine militärische Außenpolitik. Die Bevölkerung kriegsfähig zu machen, ist ja ein Programm-



»Krieg dem Krieg!«

6. Mai 1980 in Bremen

Aus dem Vorwort einer im gleichen Monat (Mai 1980) erschienenen Dokumentation zu den Ereignissen im Weserstadion:

Am 6. Mai 1980 demonstrierten in Bremen an die 15 000 Menschen gegen die öffentliche Vereidigung von 1700 Rekruten im Weserstadion. Provoziert durch die Militärschau kam es zu harten Auseinandersetzungen, die blutig endeten: Hunderte von Verletzten, Dutzende davon schwer, und mehr als eine Million DM Sachschaden — das ist, der Presse zufolge, die vorläufige Bilanz.

Doch dies ist nur ein Teil der Bilanz. Denn die Bremer Ereignisse haben politische Auswirkungen, die sich noch nicht absehen lassen. Der Versuch, die Bundeswehr öffentlich zur Schau zu stellen, für sie und ihre Rolle in der NATO eine Feier zu zelebrieren, ist fehlgeschlagen. Mehr Kriegsgegner als applaudierwillige Besucher fanden sich am Stadion ein und drückten ihren Protest so deutlich aus, daß er bis weit über die Grenzen der BRD hinaus Beachtung fand. In Bremen ist klar geworden, daß die Bundeswehr nicht — wie führende Politiker immer wieder fordern — ein normaler Bestandteil der öffentlichen Selbstdarstellung des Staates ist. Wo sie sich in großem Stil an die Öffentlichkeit wagt, muß sie mit massivem Protest und entschlossener Gegenwehr der Kriegsgegner rechnen.

Die Bremer Ereignisse hatten Signalwirkung. Die antimilitaristische Bewegung der 50er Jahre, die Ostermärsche schienen der Vergangenheit anzugehören. Doch das offene Kalkül der USA und der anderen NATO-Staaten mit dem Krieg und die Versuche, die nach außen demonstrierte Kriegsbereitschaft auch gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen, haben für Unruhe gesorgt — eine Unruhe, die sich in politische Aktionen umzusetzen beginnt.

punkt, der von Rühe vorgegeben wurde und über CDU-Parteipolitik hinausgeht.

Tom: Ja, doch was heißt eigentlich Militarismus? Es gibt natürlich Militaristen, auch in hohen Positionen. Die Frage ist, ob man die Gelöbniswelle mit diesem Begriff ausreichend und kritisch beschreiben kann. Wenn man das von linksradikaler, autonomer Seite als zentralen Kritikpunkt nimmt, sitzt man mit den meisten Grünen und Teilen der Sozialdemokratie in einem Boot.

Archiv: Grüne und SozialdemokratInnen haben gerade noch etwas dagegen, daß Gelöbnisse öffentlich sind und damit etwas Preußisches, Anachronistisches haben. Sie in den Kasernen stattfinden zu lassen, halten sie für modern, ebenso wie friedenserhaltende, friedensschaffende usw. Maßnahmen. Der wesentliche Unterschied ist doch der, daß sie imperialistische Politik nicht als solche beschreiben.

Tom: Das ist richtig, aber das wäre ein Zusatz. Zumindest ist man sich einig, man möchte keinen Militarismus. Das läßt sich als Gemeinsamkeit sagen, ich würde es aber nicht in den Vordergrund rücken. Meiner Einschätzung der Verhältnisse nach ist für das, was läuft, Militarismus nicht notwendig.

Kim: Ich denke, daß es richtig ist, den Begriff »Militarismus« auf seine Inhalte zurückzubuchstabieren. Was steht hinter diesem Kampfbegriff? Einzelne sollen sich bei einem Gelöbnis für etwas Allgemeines — erstmal symbolisch — opfern. Das Gelöbnis ist quasi eine vorweggenommene Beerdigung. Der Einzelne opfert sich für den Staat und das Militärbündnis, in das der Staat eingebunden ist.

Tom: Einen Unterschied zwischen einem wilhelminischen Militarismus und dem, was heute läuft, würde ich unbedingt feststellen. Die Bundeswehr ist auch nicht mehr die alte Massenbundeswehr. Es gibt ein Billig-Heer, wo für wenig Geld der Grundwehrdienst abgeleistet wird, und es gibt Krisenreaktionskräfte, ein Auffangbecken für halbfaschistische Freiwillige, eine Elitetruppe, die Krieg nach außen im Rahmen der NATO macht. Der Begriff Militarismus verschleiert vielleicht mehr, als daß er beschreiben kann. Die Frage ist, welche Funktion die Bundeswehr hier real haben wird. Bei der anhaltenden Arbeitslosigkeit wird sie weiter eine Jobmöglichkeit sein und die Armee eine rechtsautoritäre Vergesellschaftungsform. Das Bundeswehrprogramm hat aber nicht Militarismus, sondern Barbarisierung zur Folge. Soweit Krieger draußen töten, kehren sie als Mörder in die Gesellschaft zurück. Das wird sich auch als Handlungsmöglichkeit in internen Konflikten aufdrängen.



Bremen, 6. Mai 1980

Kim: Für mich ist Militarismus eine autoritäre Form von Integration in die Gesellschaft, zumindest erstmal der männlichen Jugend. Die Form der öffentlichen Gelöbnisse ist dann eine symbolische Form der autoritären Integration, die auf die Allgemeinheit zielt. Des Militarismus-Begriffes kann man sich bedienen, um die generelle autoritäre Form von Gesellschaftszugehörigkeit anzugreifen, die beinhaltet, daß das Individuum zugunsten der Gemeinschaft verschwindet, die sich wiederum nebulös im Staat auflöst. 90 Prozent der Leute denken ja, weil die Ordnung uns repräsentiert und uns organisiert, seien Staat und Gesellschaft identisch. Dagegen sollten wir wenigstens gedanklich antiautoritäre Formen von Vergesellschaftung setzen.

Archiv: Wir gehen ja nicht nur aus antimilitaristischen Gründen zum Gelöbnis, sondern als Autonome. Das beinhaltet neben dem, was Kim gesagt hat, auch eine antiimperialistische Ausrichtung des Widerstandes im Zusammenhang mit dem Einsatz im Kosovo.

Tom: Der Begriff Imperialismus macht den Ausschnitt unter der Hand zu groß. Mir ist das sympathisch zu sagen: »Gegen Kriegstreiberei im Kosovo – Kein Einsatz der Bundeswehr«. Allerdings weiß ich nicht, wie ich darauf noch handeln soll, außer vielleicht zu flüchten. An dieser Parole entwickelt sich nicht mal eine imaginäre Gegenmacht.

Archiv: Du bist skeptisch, mit Parolen wie »gegen Militarismus und Imperialismus« zu mobilisieren. Ich denke schon, daß sie gesetzt werden sollten gegen Sprachregelungen wie »friedensschaffende Maßnahmen«.

Tom: Mir ist einfach nicht klar, welche Mobilisierung solche Begriffe und daraus abgeleitete Parolen entfalten können. Es ist eine historische Situation, wo vielleicht nicht die Zeit der Parolen ist, die unter der Hand die Gegenmacht ausrichten. Es ist zwar schon der Moment zu handeln, natürlich eine Störgröße zu werden, aber eine Zeit zugleich zu analysieren, was man stört und dann die Zeit für eine Art Kommunikationsguerilla, um den Gedanken an Subversion zu bewahren und darüber hinaus zu tradieren. Keine Parolen, sondern Gedanken, die zubeißen und treffen, wo man aber trotzdem noch die Gelegenheit zur Flucht hat.

Archiv: Wo ist in dem, was du skizzierst, das Moment der Konfrontation?

Tom: Das existiert, wenn die Leute zum Gelöbnis gehen und dagegen protestieren und pfeifen und stören. Das ist das Moment der Konfrontation. So einfach wie wahr.

[Archivgruppe Kiel]

buchhandlung oh ★ 21 oranienstraße 21
10999 berlin-kreuzb

Info / Pressemitteilung

Heute, am 26.8.98 hatte unser wunderschöner Buchladen Besuch von der Staatsmacht.
Mit der Begründung „der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten" wurde der Buchladen sowie zwei Privatwohnungen durchsucht.
Die Ermittlungen richten sich gegen eine Broschüre von Alfredo M. Bonnano mit dem Titel „Die bewaffnete Freude" aus der Kolkraben Edition.
Zitat aus dem Beschlagnahmebeschluß: „daß die Leser dieses Druckwerkes dazu aufgefordert werden, auf Polizistinnen, Richterinnen und die Herrschenden zu schießen."
Beschlagnahmt wurde 1 Exemplar oben genannter Broschure sowie 3 Exemplare der Interim Nr.457 vom 20.8.98.

egin askatu

Spanischer Staatsapparat schließt baskische Tageszeitung und Radio EGIN...

...und geht damit 23 Jahre nach der Franco-Diktatur erstmals wieder in dieser Form gegen fortschrittliche Medien vor. Am Mittwoch, den 15. Juli 1998 gegen 5.00 Uhr morgens, kurz nachdem die letzte Ausgabe von EGIN gedruckt und ausgeliefert worden war, umstellten ca. 200 Polizisten das Redaktionsgebäude und die Druckerei in der Ortschaft Hernani (Provinz Guipuzkoa). Sie öffneten gewaltsam das bereits verschlossene Gebäude, entwendeten Computer, Disketten, Personal- und Lohnakten, Spendenlisten, demontierten die Sendeantenne des zugehörigen Radios und versiegelten schließlich nach stundenlanger Durchsuchung die Gebäude. Das gleiche geschah zeitgleich in Bilbao, Pamplona und Vitoria. In verschiedenen Orten im Baskenland wurden dazu im Morgengrauen 11 Personen, meist MitarbeiterInnen des Verwaltungsapparates der Verlagsgesellschaft ORAIN, die EGIN herausgibt, verhaftet, die seitdem „incomunicado" (= ohne VerteidigerInnen und Angehörigenkontakt) auf einer Madrider Polizeiwache sitzen. Gerade dieser Haftstatus läßt befürchten, daß sie wie in solchen Fällen bereits häufig vorgekommen, gefoltert werden.

Der pauschale Vorwurf: Die Verlagsgesellschaft und ihre Medien (Zeitung und Radio) stünden im Dienst der ETA, wären ihr sogar untergeordnet und hätten ihren festen Platz in der Organisationsstruktur von ETA. Die Entscheidung für die Eingliederung von EGIN habe die ETA-Führung 1992 getroffen. Besonders 1993 habe es enge Beziehungen von ETA und ORAIN gegeben. Herausgekommen sei dies durch die jahrelange Auswertung der Unterlagen, die im Zuge der Verhaftung der damaligen ETA-Führung im baskisch-französischen Bidart gefunden wurden.

Am nächsten Tag konnte die verbliebene EGIN-Redaktion mit Hilfe eines anderen Verlages ein „EGIN-extra" herausgeben. Sie bekunden darin, trotz aller Repression weiter zu machen.

Die spanische Zentralregierung, gestellt von der konservativen Partido Popular (PP), geht damit konsequent ihren repressiven Weg gegen die linksnationalistische baskische Bewegung weiter. Anscheinend will sie beweisen, daß die Analysen und Ratschläge selbst bürgerlicher Kreise aus Parteien, Kirche, der Universität und selbst der Polizei, wonach das „Problem Baskenland" mit Gewalt und Repression nicht zu lösen sei, falsch sind. Mit Polizei und Justiz wird die organisierte baskische Linke systematisch kriminalisiert. Der jetzige Schlag ist nur der letzte in einer Reihe von Repressionsmaßnahmen, die Franco nicht besser hätte durchführen können:

- Im Herbst 1997 wurden sämtliche 25 Führungsmitglieder von Herri Batasuna (HB, linksnationalistisches Wahlbündnis) zu sieben Jahren Knast verurteilt, weil sie einen Verhandlungsvorschlag von ETA in Videoform als Werbespot im Fernsehen sendeten.
- Im Mai 1998 wurden ein Dutzend Firmen im Baskenland durchsucht und teilweise geschlossen, weil diese angeblich zum Finanzimperium von ETA gehörten und ihr das Geld wüschen, was sie durch Entführungen und Revolutionssteuern eintriebe.

Zu befürchten ist nun, daß die Repression bis zu einem Verbot von Herri Batasuna ausgeweitet wird.

Gegen die Schließung der baskischen Medien!
Solidarität mit EGIN!

Egin egingo dugu!!!

Egin in Internet: www.contrast.org/egin www.euskalherria.net

Veranstaltung zum Cafe „Germania"

Seit Dezember 1997 existiert in der Lichtenberger Normannenstr. 5a das Fascho-Cafe „Germania". Bei diesem Cafe handelt es sich um ein Projekt der Faschoszene, mit dem diese versucht, im öffentlichen Raum einen festen Anlaufpunkt für sich zu gewinnen. Es ist kein Zufall, daß solch ein Versuch in Lichtenberg unternommen wird. Die FaschistInnen sind in diesem Bezirk schon seit 1990 stark präsent, und versuchen hier durch verschiedene Aktionen Dominanz zu erlangen. Erinnert sei hier nur an das Anfang der 90er von den Nazis besetzte Haus in der Weitlingstraße 122, das als Zentrale der verbotenen Nationalen Alternative (NA) und Anlaufpunkt internationaler Nazigrößen diente. Von dort aus gab es viele Übergriffe gegen MigrantInnen, Lesben/Schwule und Andersdenkende am Bahnhof Lichtenberg und die organisierten Angriffe auf die Mainzer Straße. Auch andere inzwischen verbotene Naziorganisationen wie die FAP und die NF waren in dem Bezirk stark verankert. So ist es eine logische Folge, daß heute in Lichtenberg Nazis offen auftreten und die NPD/JN hier gut organisiert ist. Auch der im selben Kiez gelegene Nazi-Tatoo-Shop „Utgard" (Fanninger Straße) gehört zu dieser Struktur. Der Betreiber Frank Lutz ist ein alt bekannter Nazi-Kader und auch hier verkehren FaschistInnen jeglicher Couleur.

Das Cafe „Germania" wird von Andreas Voigt betrieben, der bereits führender Kopf der nationalsozialistischen Skinhead-Gang „Kreuzritter für Deutschland" war. Er wurde u.a. wegen Nötigung, Bedrohung und Körperverletzung vom Stuttgarter Landgericht zu drei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Neben „national" gesinnten NachbarInnen und Faschoglatzen treffen sich hier führende Berliner Nazigrößen, wie z.B. Andreas Storr (NPD/JN Führung Berlin) oder Oliver Schweigert (Anti-AntiFa Kader). Das Nazi-Cafe bildet somit einen Anlauf- und Austauschpunkt für Nazi-Kader, die ihr Umfeld in „netter" Kneipenatmosphäre politisieren und aufhetzen. So gingen vom Cafe „Germania" immer wieder Pöbeleien und gewalttätige Übergriffe gegen „Nichtdeutsche" aus.

Dieser Zustand kotzt uns an!

Deshalb organisieren wir diese Veranstaltung als Teil einer Kampagne, welche die Schließung des Cafes zum Ziel hat. Wir haben uns hierzu für ein Bündnis mit der PDS und dem VVN/BdA entschieden, weil wir es wichtig finden, die BürgerInnen für dieses Thema zu sensibilisieren und eine antifaschistische Stimmung im Kiez zu schaffen. Es wird **Vorträge** über das **Cafe „Germania"** und die **NPD/JN Strukturen** in Berlin/Brandenburg sowie einen **ZeitzeugInnen-Bericht** zum antifaschistischen Widerstand während der NS-Zeit geben. Ziel ist es, die Öffentlichkeit über das Treiben der Nazis zu informieren und mit den BürgerInnen einen effektiven Widerstand zu organisieren. Das Cafe muß weg, damit den Nazis die Möglichkeit genommen wird, sich weiter im Kiez zu verankern. Es ist wichtig, daß viele Antifas vor Ort sind, damit wir offensiv auftreten und die Dominanz der Nazis brechen können. Das Problem geht alle an!

AKTION GEGEN RECHTS FRIEDRICHSHAIN/LICHTENBERG

Montag den 14. September
Rathaus Lichtenberg, Ratssaal
19.00 Uhr
(Möllendorfstr. 6, U-Bhf Frankfurter Allee)

V.i.S.d.P.: Armin Ludowa, Rote Straße 1, 10245 Berlin

Wir sind FrauenLesben unterschiedlicher Herkunft; die internationalistisch und feministisch arbeiten. Wir wollen Strukturen aufbauen, um Frauen, die auf der Flucht hierher kommen, zu unterstützen.
Frauen und Kinder befinden sich auf der Flucht,
- weil ihre Heimatländer durch Rüstungsfirmen (z.B. Mercedes, Siemens), Chemiemultis (z.B. Hoechst, Bayer), Blumen- und Bekleidungsindustrie (z.B. Fleurop und Adler) aus den Industrieländern ausgeplündert und zerstört werden.
- weil sie politisch verfolgt werden, wenn sie sich z.B. organisiert wehren gegen ihre Ausbeutung durch die Machthaber im eigenen Land und das internationale Kapital.
- weil sie vor Krieg und Völkermord fliehen müssen.
- weil sie von Familie, Staat und Gesellschaft verfolgt werden, wenn sie sich z.B. gegen Zwangsverheiratung wehren, ein uneheliches Kind haben, ihre lesbische Identität leben wollen oder sich gegen Vergewaltiger wehren.
Frauen entscheiden sich meist mit hohem Risiko, in die Fremde zu gehen und alles Vertraute hinter sich zu lassen, um für sich ein mögliches Überleben zu schaffen. Oftmals ist ihre Entscheidung auch damit verknüpft, ihre Familie zu Hause zu unterstützen.

Der Überfluß in den kapitalistischen Industrieländern basiert mit auf der Ausbeutung der Menschen und der Ausplünderung anderer Länder seit Jahrhunderten. Weltweit wird die Kluft zwischen den wenigen Reichen und den vielen Armen immer größer. Das ignorieren hier viele.

Frauen werden aufgrund ihres Geschlechts weltweit ausgebeutet. Überall auf der Welt kämpfen Frauen um ihre Würde und um ihr Überleben. Wir leben und kämpfen in der Überzeugung, daß es nur dann eine gerechtere Welt gibt, wenn wir die Gesellschaft grundlegend verändern. Die Arbeit, die wir machen, soll FrauenLesben stärken und unterstützen im gemeinsamen Widerstand gegen das Patriarchat. Wir wollen mit Frauen unterschiedlicher Herkunft eine Zusammenarbeit entwickeln und aufbauen.
Dazu gehört, die Situationen, unter denen Frauen flüchten und hier leben, öffentlich zu machen und gegen den rassistischen Konsens zwischen Politik und Gesellschaft zu kämpfen. Ein praktischer Schritt ist, ein Konto einzurichten, um Frauen, die hierher geflüchtet sind, eine Möglichkeit zu schaffen, sich hier ein eigenständiges und unabhängiges Leben aufzubauen.
Wir machen ein Konto für Frauen!
Frauen entscheiden sich, ihre Heimat, Familie und FreundInnen zu verlassen.

Ist es ihnen gelungen, in ein Land der EU zu kommen, treffen sie hier jedoch kaum auf Unterstützung. Hier erwartet sie wieder Ausbeutung, Unterdrückung und Verachtung: unmenschliche Lebensbedingungen wie in Sammellagern, keine Arbeitserlaubnis, um für den Lebensunterhalt sorgen zu können, getäuscht und betrogen von sogenannten Heiratsvermittlern, bedroht von alltäglichen rassistischen, sexistischen und faschistischen Angriffen und verschärften Asyl- und Ausländergesetzen, die z.B. frauenspezifische Verfolgung nicht als Asylgrund anerkennen.
Frauen befinden sich auf einer zweiten Flucht,
- wenn sie und ihre Kinder die Gewalt ihrer Ehemänner, Väter und/oder Verwandten nicht länger hinnehmen und fliehen
- wenn sie von Frauenhändlern, Schleppern, Zuhältern oder "illegalen" Arbeitgebern bedroht und verfolgt werden
- wenn ihre aufenthaltsrechtliche Situation ungeklärt ist und sie nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen oder können, weil ihnen dort Gefängnis, Folter, Vergewaltigung oder Tod droht
- wenn sie aus Flüchtlingswohnheimen vor der sexualisierten, seelischen und/oder körperlichen Gewalt der Bewohner, MitarbeiterInnen oder der Heimleitung fliehen.

Bürokratisches Vorgehen zwingt die Frauen oft in die Illegalität und kriminalisiert sie. Die Folge davon ist: Sie bekommen keine Arbeit, keine Wohnung und keine Sozialhilfe für sich und ihre Kinder, die weder in die Schule gehen können, noch Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Es ist für sie nicht möglich, juristische Unterstützung oder medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen.

Die Mauer um Europa wird immer unüberwindbarer und die rassistische Politik der Brd verschärft die Lebensbedingungen für die hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Für uns ist es wichtig, die Lebenssituation von Frauen im Exil öffentlich und bewußt zu machen.
Wir wissen, daß wir Frauen uns nur selbst aus dem bestehenden Herrschaftsverhältnis befreien können. Deshalb haben wir uns entschieden, mit Frauen unabhängig für ein befreites Leben zu kämpfen gegen Herrschaftsverhältnisse durch Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Sexismus.

Spendenkonto:
KASAMA
Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00
KontoNr. 9 7700 03

Die Spenden werden unbürokratisch, ohne Abzug, direkt an Frauen weitergeleitet, die das Geld brauchen.



KASAMA*

Konto zur Unterstützung von Migrantinnen und FrauenLesben auf der Flucht

Kontaktadresse:
c/o IAF, Südanlage 13
35390 Gießen
Tel. 06 41 - 79 10 65
Dienstag 15 - 17 Uhr

* Kasama: Tagalog (Sprache auf den Philippinen) für Genossin, Schwester, Mitstreiterin

Frauen, die mitarbeiten wollen, sind herzlich willkommen.

Gen-Acker völlig zerstört

Aktionsbündnis macht sich vor Ort ein Bild

Schönfeld (ise) Unbekannte haben auf dem Genfeld bei Schönfeld eine Reihe Mais zerstört – das war am vergangenen Montag in der MOZ zu lesen. Die Mitglieder des Barnimer Aktionsbündnisses gegen gentechnische Freilandversuche machten sich nun vor Ort selbst ein Bild von der Situation. Sie stellten fest, daß sowohl Mais als auch Zuckerrüben völlig zerstört wurden. Damit seien alle bisherigen Versuche bis auf zwei Ausnahmen gescheitert. Die für die Freilandversuche verantwortliche Firma AgrEvo nahm zu dieser Aussage gestern keine Stellung. Man wolle die kriminaltechnischen Ermittlungen abwarten, erklärte ein Sprecher aus Frankfurt am Main. Die Polizei ist mit der Untersuchung des Falles beschäftigt. „Jeweils 180 Hektar Zuckerrüben und Mais wurden zerstört", war aus der Eberswalder Pressestelle zu erfahren.

Zum Artikel "Busfahren hat Folgen" in der Interim Nr. 456 vom 6. August 1998, Seite 14.

Der Artikel hat mich ziemlich vor den Kopf gestoßen. Nachdem ich mich mit vielen meiner Bekannten darüber auseinandergesetzt hatte, kamen wir zu der Einschätzung, daß es doch an der Zeit ist, öffentlich zu meiner Geschichte und zu meiner veränderten Einschätzung Stellung zu nehmen. Das möchte ich hier tun, auch auf die Gefahr hin, bei manchen noch weiter Öl ins Feuer zu gießen.

Vor etwa 13 Jahren hatte ich ein freundschaftliches Verhältnis zu einem 5-jährigen Jungen, zu dem ich auch sexuelle Kontakte hatte, die ich aber heute als sexualisierte Gewalt sehe. Es schien mir damals ein wichtiger Teil des Versuchs, mit Kindern anders umzugehen, als ich es von meiner eigenen Kindheit und auch aus meinem damaligen sozialen Umfeld kannte. Es ging mir darum, die Bedürfnisse von Kindern ernst zu nehmen. Wenn die kindliche sexuelle Neugier mit meinem eigenen Begehren in Einklang stand, gab es für mich eigentlich keinen Grund mehr, nicht auf sie einzugehen. Ich hatte nicht die geringsten Befürchtungen, daß dies für den Jungen auch traumatische Folgen haben könnte. Ich hielt mich für sensibel genug, die Bedürfnisse des Jungen richtig einschätzen zu können.

Diese inhaltliche Position vertrat ich bis vor ungefähr zwei Jahren: Bei einem Gespräch mit einer Frauengruppe in meinem Sportverein kam ich zu dem Schluß, daß ich über diesen Abschnitt meiner Geschichte und über meine Einstellung dazu doch mal anders nachdenken müßte. Und zwar außerhalb der Aufgeregtheit der autonomen Politszene, die in dem Drang zur Polarisierung – richtig/falsch, dafür/dagegen – kaum Raum für Nachforschen und Verstehen bietet. Ich ging in die Beratungsstelle Mannege im Haus der Demokratie und konnte im Verlauf eines Jahres die kritischen Nachfragen nach und nach an mich heranlassen. Es ist mir schwergefallen, langvertretene Meinungen, die ja auch mein Verhalten legitimierten, über Bord zu werfen. Ich denke inzwischen, daß die von mir vorausgesetzte und behauptete kindliche Entscheidungsfreiheit nicht in dem Maße existiert, wie ich sie für eine einvernehmliche Sexualität als notwendige Voraussetzung ansehe.

Mit Unterstützung meines Therapeuten habe ich dann versucht, mit den Bezugspersonen des Kindes in Kontakt zu treten. Dabei wollte ich herausfinden, ob ich dazu beitragen kann, mögliche Verletzungen zu mildern, zum Beispiel, als reales Gegenüber des Jungen für seine Wut über den Vertrauensmißbrauch in Erscheinung zu treten. Der Versuch, auf diese Weise Verantwortung zu übernehmen, ist leider auf Ablehnung gestoßen.

Meine jetzige Ansicht zum Verhältnis von kindlicher und erwachsener Sexualität wird in einem Zitat aus der "Tuntentinte" viel besser auf den Punkt gebracht, als ich es formulieren könnte; deshalb hatte ich es auch in meiner Stellungnahme für das Queerbündnis zum 1. Mai angeführt und möchte es hier wiederholen:

"Für einen subtilen Zwang reicht das Machtverhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern doch völlig aus! Es braucht gar keine Gewalt. In Familien oder in der Beziehung zu Kindergärtnern/Lehrern/Erziehern ist das Machtgefüge so umfassend und fintenreich, daß Kindern zu einer eigenen Entscheidung einfach kein Platz bleibt, gerade wo ihnen keine Gewalt entgegengebracht wird, sondern womöglich ein so teuflisch subtiler Zwang wie Liebe.

(...) [Oft] werden Beispiele für sexuelle Kontakte zwischen Kindern und Erwachsenen genannt, die die Betroffenen heute als "nicht schädlich" oder "teilweise sogar als positiv" bewerten. Daß sie sie heute so bewerten, ändert aber nichts daran, daß Kindern in besagtem Machtverhältnis eine wirklich freie Entscheidung, also eine allein aus *ihrer* Lust bestimmte, nicht wirklich möglich ist. Selbst wenn im Einzelfall eine ideale Situation von Einvernehmen bestände, obläge die Einschätzung immer den Erwachsenen - normalerweise gerade denen, die (...) Sex wollen. Selbst wenn, und das ist schon völlig illusorisch, ein anderer Erwachsener die "kritische Kontrolle" ausübte, wäre die Meinung des Kindes immer nur eine von Erwachsenen so geschätzte. Wieviel Zwang dahinter steckt, ist für niemanden wirklich zu kontrollieren. (...)

Erwachsenen muten wir eine Entscheidung über subtile Zwänge zu. Von Kindern ist das zuviel verlangt. Bei Sex zwischen Erwachsenen und Kindern hinge alles von unglaublich einfühlsamen Erwachsenen ab, die jederzeit beim kleinsten Anzeichen von Abneigung zurückweichen müßten. Schon bei einem Fall von Liebe - das den meisten Pädophilen mal unterstellt - [ist das] praktisch unmöglich, denn die macht bekanntlich blind. Und dann gibt es noch das weite Feld des Begehrens, an dessen äußerem Rand das Wohl des Kindes dann schon scheißegal ist. Unter diesen Bedingungen ist der einvernehmliche, freudvolle Sex zwischen Erwachsenen und Kindern eben wirklich nur "denkbar" (...). Die Einvernehmlichkeit wie die Freude sind weder zu überprüfen noch zu garantieren. Dem Mißbrauch wird durch eine kritisch-akzeptierende Haltung einfach zu viel Platz eingeräumt. (Womit das Wort endlich an seinem Platz steht. Als gäbe es im Gegensatz zum sexuellen Mißbrauch einen korrekten sexuellen *Ge*-brauch von Kindern. Mißbraucht wird (...) die Macht.)" (aus Tuntentinte Nr.13, Intimteil).

Der kritische Punkt in diesem Zusammenhang scheint mir die Frage nach dem Begehren und des Umgangs damit zu sein. Für mich geht es bei dem Begriff "Begehren" darum zu versuchen, erstmal aufzuspüren, was einen innerlich bewegt und antreibt, und nicht darum, Handlungen zu legitimieren. Ich glaube nicht, daß meine Begehrensstruktur mit in der Wiege lag, sondern, daß ich sie mir in meiner Sozialisation zum Mann angeeignet habe. Welche Mechanismen da funktionieren und vor allem, wie ich das wieder verändern kann, weiß ich nicht. Hinterfragen und Auseinandersetzen hat mich da bisher nur bedingt weitergebracht. Was ich machen kann, ist: meine Ängste und Wünsche benennen, Vermutungen anstellen, was es für Gründe für sie gibt, schauen, was sie für Auswirkungen auf mich und meine Mitmenschen haben, was sie für eine Rolle in dieser Gesellschaft spielen und versuchen, das zu bewerten. Danach kann ich dann versuchen, mein Handeln auszurichten. Das gelingt manchmal, oft auch nicht. Trotzdem, anderes, auch kontrolliertes Handeln, führt zu anderen Erfahrungen. Vielleicht beeinflussen diese über kurz oder lang auch meine Begehrensstruktur.

Eigentlich wollte ich mich hier noch mehr zu meiner Begehrensstruktur sagen, befürchtete aber beim Schreiben, daß dies für einige LeserInnen eine Zumutung wäre. Nur soweit: ich bin auch in der Lage, Erwachsene zu begehren, aber dadurch werden meine Widersprüche auch nicht gelöst, Widersprüche, die sich von denen anderer Männer wahrscheinlich kaum unterscheiden. Erwachsene stellen darin allerdings ein Gegenüber dar, mit denen man, im Prinzip jedenfalls, Konflikte über unterschiedliche Begehrensstrukturen austragen kann.

Zur letzten Forderung an mich: "Klare Aufkündigung der Loyalität zu anderen Pädophilen". Zum einen weiß ich nicht, was ihr mit "Loyalität" jetzt genau meint, und zweitens, warum eigentlich? Ich glaube nicht, daß ich, wenn meine Freunde und Bekannten den Kontakt zu mir abgebrochen hätten, heute diese inhaltlichen Positionen hätte. Es gab in den letzten Jahren wahrlich genug gute Gründe, auf mich sauer zu sein, meine Ansichten zu sexualisierter Gewalt gegen Kinder zu verdammen. Manchen ist der Kragen geplatzt, andere haben sich still von mir zurückgezogen. Einige haben mich die ganzen Jahre über begleitet, obwohl sie zu meinen Ansichten ein kritisches und distanziertes Verhältnis hatten. Dafür meinen herzlichen Dank. Bei den Menschen, deren Gefühle ich in dieser Zeit verletzt habe, möchte ich mich gerne entschuldigen

31.8.98 A.

Brief

Brief an alle, die sich mit A. über seinen (wie er es nennt) "sexuellen Kontakt" mit einem 5 jährigen Jungen vor 13 Jahren auseinandergesetzt haben oder dies aktuell tun.

Zu diesem Brief und der Zielsetzung: Dieser Brief, seit Ende Mai in Arbeit, war ursprünglich nur für die TeilnehmerInnen und FreundInnen des "Queer Adventure Blocks" in Leipzig bestimmt, für das Umfeld von A und für Jede, die einen Zugang zu A. , zu dem Umfeld von A. hat oder aber sich anders betroffen sah(als Mitfahrende des Leipziger Bündnisse z.B.).

Das hing zusammen u.a. mit dem mangelnden Vertrauen, das ich in die z.B. Interim-Öffentlichkeit habe und von der zu befürchten wäre, das sie entweder aktiven Täterschutz oder aber eine Saubermann/frauhaltung an den Tag legt, die wenig differenziert wäre und die Auseinandersetzung nicht in die von mir gewünschte Richtung bringt(siehe Anmerkung). Da nun mal das Forum „Interim" zum Ort der Auseinandersetzung geworden ist, veröffentliche ich diesen Brief auch in der Interim.

Ziel des Offenen Briefes ist es für mich, die Knackpunkte zu benennen, an denen mir das Vertrauen zu A. weggebrochen ist und das Umfeld von A. auf eine Auseinandersetzung aufmerksam zu machen, die meines Erachtens nach auf der Hälfte hängen geblieben ist. Für mich ist A.s Position nach dem heutigen Stand meiner Auseinandersetzung nicht tragbar und ich denke, daß A. einer Verantwortung nicht nachgekommen ist, sonst wäre er meiner Ansicht nach an einer anderen Position angelangt, als er sie heute mir gegenüber vertritt. Wenn es andere begründete Einschätzungen gibt, dann finde ich es notwendig, daß sie benannt werden und auch begründet werden. Vor allem wenn innerhalb seines Umfeldes andere Positionen existieren sollten, dann wird es meiner Ansicht nach höchste Zeit dafür, diese transparent zu machen.

Kurz zur Erinnerung:

Wir waren in Leipzig, A. übernahm im Rahmen des Bündnisses Funktionen und alles hat Spaß gemacht, auch mit A. Wir(Lesben,Schwule u.Andere) haben uns aufeinander bezogen und politisch haben wir einige neue Erfahrungen gemacht, an die das Les.Schw.Qu-Bündnis anknüpft und eine weitere Aktion vorbereitet. Von Frauen, die nicht im vorbereitenden Bündnis saßen (aber mit nach Leipzig fuhren, z.T. auch mit dem obenbesagten Bündnis) kam die Aufforderung an A., zu seiner Geschichte Stellung zu beziehen. Das Bündnis konkretisierte nach einem anfänglichen Schreck über A.'s Geschichte (von der einige wußten, andere wieder nicht) diese Aufforderung an A.. Da in A. ein anderer Mann gesehen wurde, als allgemein in solchen Auseinandersetzungen üblich, wurden ihm Brücken gebaut, so wie ich es vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten habe. Mit A. wurde die Hoffnung verbunden, daß er die Brücken zu würdigen weiß und sich auf allen Ebenen den Einforderungen, die eine weitere Zusammenarbeit politisch und persönlich offen halten können, zu stellen weiß. Nach den Äußerungen von A. ging dem Bündnis der Boden dafür verloren. Sowohl inhaltlich als auch sozial tat sich für viele aus dem Bündnis ein Abgrund auf. Eine Zusammenarbeit war persönlich wie politisch daraufhin nicht mehr möglich. Schließlich ging A. von selber an dem Punkt, als bekannt wurde, daß es eine Frau gab, die seinetwegen nicht zu dem Bündnistreffen ging. Unabhängig davon war stimmungsmäßig immer mehr Konsens geworden, daß eine Bündnisarbeit nicht vorstellbar ist. Eine anschließende Runde war, soweit ich mich, erinnere einhellig der Meinung, daß A. zu gehen habe.
Diesem Brief sollte nach Möglichkeit auch A.'s Papier beiliegen, das er auf Aufforderung des LesbischSchwulQueeren- Bündnis-Plenums geschrieben hatte. Dort wurde er aufgefordert, zu einer Tat vor 13 Jahren Stellung zu beziehen, die er vor mehreren Jahren in der Interim noch öffentlich legitim fand.

Begriffsklärungen für den Text:
Ich habe hier von **"Begehren"** geschrieben, weil das der Begriff ist, den A. benutzt und der mir in der Diskussion mit Schwulen immer wieder begegnet ist. Ich finde den Begriff ätzend und verharmlosend, weil ich dieses "Begehren" selber erlebt habe ohne das ich gefragt wurde und die TäterInnen dafür noch heute hasse. Ebenso zum Kotzen finde ich A.'s Beschreibung für die Situation vor 13 Jahren, mit einem Fünfjährigen als "sexuellen Kontakt". Das gibt eine Wertfreiheit des Begriffes vor, der in der Realität nicht stimmen kann und es fällt auf, daß A. keinmal seinen sexuellen Kontakt oder das Begehren als sexuellen Mißbrauch benannt hat. Dazu muß ein Mitbewohner bemüht werden.
Und wenn ich von dem "Deckeln" seines "Begehrens" schreibe, dann liegen dem noch zwei private Gespräche zugrunde, in denen mir A. auch sagte, daß er keinen Leidensdruck verspüre, sein Begehren ändern zu müssen, er könne ganz gut damit leben.
In Diskussionen z.B. um dieses Papier finde ich klar, daß A's Identität offen ausgesprochen ist.
Wenn hier aber A. als **"A"** benannt ist, dann deshalb weil es für mich aktuell keine Veranlaßung gibt, ihn in vollen Namen zu nennen. Mir geht es um eine inhaltliche Auseinandersetzung die ihn in seiner Verantwortung nicht entläßt und sich seiner nicht mit einem Rausschmiß aus linken Strukturen entledigt. Das begründet sich darin A. etwas zu kennen und eben darauf zu setzen, daß er zu einer weitergehenden Auseinandersetzung in der Lage ist. A. beim öffentlich beim Namen zu nennen, kennzeichnet ihn als einen, der die Strukturen zu verlaßen hat. Wenn es Einer richtig erscheint, seine Identität zu veröffentlichen (z:B. vor warnen, etc), dann liegt das in Ihrer Verantwortung. Ich will es aktuell nicht verantworten und sehe für das, was ich mit dem Papier möchte, keine Sinn darin.
Im Text wird wiederholt von **"sexuellem Mißbrauch"** geredet. Ich wurde darauf hingewiesen, das dies ein

Herrschaftsbegriff ist, in dem impliziert ist, daß es einen richtigen sexuellen Gebrauch z.B. von Kindern geben könnte(Den gibt es natürlich nicht). Auch hält der Begriff die Überlebenden Sexueller Gewalt in ihrem Dasein als Opfer gefangen (Das hat mir schwer eingeleuchtet), andereseits verband ich bislang mit dem Begriff, daß er z.B. ein soziales Vertrauensverhältnis zwischen einem Kind und einen Erwachesenen kennzeichnet, indem der Erwachsene dieses Vertrauensverhältnis für sein sexuelles Interesse mißbraucht. Die Ausübung dieses sexuellen Interesses ist nichts Anderses als eine Form der sexuellen Gewalt. Im letzgenanntem Sinne möchte ich den Begriff des "sexuellen Mißbrauchs" für diesen Text weiterverwenden.

Zu A. im Zusammenhang mit den eigenen Versäumnissen:
Für mich war erstmal weniger problematisch, daß er auf die Aufforderung, zu seiner alten Geschichte Stellung zu beziehen, ein Zitat eines Mitbewohners bemühte, anstatt seine politische Position mit eigenen Worten auszudrücken. Ich fände das legitim, wenn es sich für jemanden nicht besser ausdrücken läßt. (Im Nachhinein kommen mir dabei allerdings Zweifel, ob sich A. nicht mit seiner Person hinter dem Zitat versteckt halten wollte)
Aber ich war enttäuscht darüber, daß er die Position des Mitbewohners nicht um eine Eigene ergänzte, die mir sagte, was das für Heute heißt (insofern kann so ein Zitat eben auch dazu dienen, keine eigene Stellung zu beziehen). Überhaupt scheint mir A.'s Reagieren im Nachhinein eher taktischer Natur- immer nur soviel Stellung beziehen, wie gefordert wird, aber das ist nicht der Aspekt, auf den ich hinaus will.
Im Nachhinein habe ich mich über mich erschrocken, daß ich A's Position (=er hat noch ein Begehren aber er stellt keine Situation mit Kindern her, weil das nicht geht) geschluckt und dadurch auch mitgetragen habe. Zum einen hängt dies mit meiner eigenen Mißbrauchserfahrung zusammen (in der es u. a. auch Übergriffe auf mich durch Männern gab), zum anderen fehlte der Austausch mit anderen, z.B. in der Schwulen Szene darüber, der es möglich gemacht hätte, in einer Diskussion sich dessen klar zu werden, was da in A's Position nicht stimmen kann. Dazu aber war die Schwule Szene immer schon kaum bereit und Witze, die Jüngere als Frischfleisch unter Marktgesichtspunkte einordneten, an der Tagesordnung.
Es gab eine Auseinandersetzung unter den Queerulanten um den päderastischen"Pipo"(auf den sich positiv zu beziehen nie ein Anlaß bestand) und der heterosexuellen"Fraktion gegen Nebenwidersprüche" (zu denen seitens der Queerulanten ebenfalls eine starke Kritik wegen undifferenzierter Positionen bestand). Sex mit Kindern war für die Queerulanten indiskutabel(und so schien das auch A zu sehen, der zu dem Zeitpunkt nichts mit der Gruppe und deren Diskussionen zu tun hatte, bzw. auch keine Anstalten machte, mehr damit zu tun zu bekommen). Mit der heterosexuellen "Fraktion gegen Nebenwidersprüche" gab es keinen gemeinsamen Boden für gemeinsame Positionen. Heterosexuelle und schwule Sicht auf die Dinge wollten sich nicht vereinheitlichen lassen. (Über diesen spannenden Widerspruch ließ es sich mit den Heteros ebenfalls nicht produktiv streiten). Aber die Queerulanten klärten nicht, was das heißt, wenn einer, wie A. noch dieses "Begehren" hat. Die Gruppe hat die Frage damals nicht klären müssen, weil es zu A. keine sonderlich ausgeprägten Berührungspunkte noch Interesse gab , weder persönlich noch politisch. Zwar saß ein Mitbewohner in der Gruppe und ab und an war A. dann doch Thema, aber es wurde keine Veranlassung gesehen, sich für A. direkter verantwortlich zu fühlen.
Die enger werdenden Kontakte und Zusammenarbeit der letzten Jahre hätten ein gezielteres Nachhaken zu dem "Begehren" aber zur Folge haben müssen, und zwar weit vor Leipzig, denn die Dynamik und Arbeit zu Leipzig hat nur wenig Raum für Reflektion gelassen, diese Wichtigkeit überhaupt zu erkennen.
Es gab das Wissen zu A., die Queerulanten hätten diese Wissen transportieren müssen (spätestens zu dem Zeitpunkt als die ursprünglich schwule Mobilisierung zu Leipzig eine gemeinsamgetragene mit Lesben und Queers wurde) In der konkreten Situation der Demovorbereitung fehlte dann die Sensiblität dafür. -Keine Entschuldigung, nur eine Erklärung, um Entwicklungen mal von verschiedenen Sichtweisen aus betrachten zu können.

Eine weitere Erklärung ist, daß es da noch das eigene "Gesundbeten" von Tätern gab,um sich der Auseinandersetzung aus Bequemlichkeit(Täterschutz) oder Selbstschutzgründen(Gewalterfahren) fern zu halten und weil es echter Nervenstärke in der schwulen Szene bedarf, sexuelle Gewalt zum Thema zu machen, insofern besteht kein Unterschied zu den "Gemischten" übrigens. Und dann gab es auch die beknackte Hoffnung, da sei ein Täter, der keiner mehr ist, weil ihn die Auseinandersetzung derart verändert hat, daß ich in ihm, in seinen Äußerungen und seinem Sein keinen Täter mehr erkennen kann (das war mein Wunschdenken im Bündnis als das Problem auf dem Tisch war).
Das alles hat mich im Nachhinein über mich selbst erschüttert: das, was ich alles akzepiert habe, was ich für mich und mein enges soziales Umfeld nicht durchgehen lasse, aber auch viele persönliche Wunden, die sich in der eigenen Auseinandersetzung mit A.nocheinmal auftaten, auf die ich nicht gehört habe und wiewenig Gesamtverantwortung in der Schwulen Szene zu existieren scheint. Das alles, finde ich, stellt auch A.'s Umfeld in Frage und alle, die mit ihm zusammenarbeiten oder von seiner Arbeit profitieren als gemischte Szene und das Thema geflissentlich ausparen oder sich mit einfachen Antworten zufrieden zu geben scheinen.

Zum Kern meiner Kritik an A.
Ich verstehe nicht wie einer sagten kann, er hätte eine Auseinandersetzung geführt, die ihn an den Punkt gebracht hätte, sexuellen Mißbrauch von Kindern nicht mehr zu verteidigen (wie es wohl mal in der Interim geschehen war, wo stand das eigentlich?), geschweige denn Situationen mit Kindern herstellt, in denen das Begehren einen Platz haben könnte. Was aber ist das für eine Auseinandersetzung, die nicht Einfluß auf das Begehren hat, dieses Begehren verändert, weil es weder erotisierbar noch sonstwie positiv zu besetzen ist? Was

ist das für eine Auseinandersetzung, die sich eine intellektuelle Position zu eigen machen kann, aber in der Gefühlswelt nicht ankommt und von dieser entkoppelt zu sein scheint? (So jedenfalls haben viele Autonome auch größtenteils ihre Auseinandersetzungen um Sexismus geführt, übrig geblieben sind davon PC-Verhaltensschablonen, die weder politisch etwas weitergebracht haben noch der Realität entsprachen und an deren Verhalten ein Antisexismus, der mit der Person als Ganzes übereinstimmt,scheitern muß.)
Es ist doch klar, daß ich mich nicht mit einem Vergewaltiger an einen Tisch setzte, der sagt; „ Vor 13 Jahren hab ich vergewaltigt, aber heute hab ich geschnallt das, daß Scheiße ist und traumatisierende Folgen haben kann, aber Lust hätte ich schon drauf, aber ich weiche meinen potentiellen Opfern aus."
Was dieser Vergleich mit A. zu tun hat? Er sagt, er hätte dieses Begehren gegenüber Kindern noch, aber er hat es im Griff, packt es in eine Kiste und deckelt es, und fragt , wo er den Ausschalter für dieses Begehren denn finden soll....? Und das für mich eigentlich schlimme; er hat auch keinen Leidensdruck dies ändern zu müssen. (So jedenfalls in einem Gespräch geäußert) Er könne damit leben, dieses Begehren zu haben.
Ehrlichkeit in Ehren (was ja nicht gerade eine Stärke in der Szene ist), aber hier wird sie auch benutzbar wie die Flucht nach vorne, hier werden weitere Auseinandersetzungen eingefroren. Und hier rebelliert mein Verständnis total; denn wenn ich begriffen hätte, daß ich ein gewaltätiges, sexistisches Begehren habe, wie kann ich da eins mit mir sein, wenn ich um die Verachtung weiß, die ich damit anderen antun könnte? Wie könnte ich mich schön fühlen, wenn ich mit einem Begehren rumrenne, das gedeckelt und weggesperrt werden muß, um andere nicht zu gefährden? Ich hätte doch einen Leidensdruck dieses Begehren zu verstehen und von mir als irgendetwas positiv gewertetes zu verabschieden und zu einer Sexualtität zu finden, die mir gut tut , zu der ich vor mir stehen kann?
Das finde ich im Nachhinein das eigentlich Härteste, daß A. keinen Leidensdruck hat (empfindet oder zuläßt?), sein Begehren einkapselt und in völliger Diskrepanz zur öffentlich geäußerten Position (=dem Zitat seines Mitwohners) steht.
Als politischer Mensch umfaßt die Auseinandersetzung um mein Täter (oder Täterin-) verhalten meine ganze Person- wie kann sich meine Position verändern, aber das Begehren nicht?
Natürlich hat eine PC-Haltung oder ein Pathalogisieren oder dergleichen gegenüber dem eigenen Begehren keinen Sinn und geht an den gesellschaftlichen Ursachen vorbei, aber das hat für mich auch wenig mit einer Auseinandersetzung zu tun, wie ich sie verstehe. Als politscher Mensch weiß ich doch sehr wohl, daß ich nicht den neuen Menschen verkörpere, also auch nicht so tun darf als wäre das so, aber ich setzte mich doch dort auseinander, wo mir Anspruch und Realität zu weit auseinander klaffen, oder wo ich es vor meiner eigenen Moral nicht ertrage, so oder so zu sein, und das für mich geändert wissen will.
Eine Auseinandersetzung sucht die Ursache für das eigene Verhalten/Begehren/Projektion etc. zu verstehen und nach und nach aufzulösen. Wenn aber die Auseinandersetzungen bei mir nicht angekommen sind(nicht als Anspruch sondern als Erkenntnisse), dann habe ich natürlich auch keinen Leidensdruck, dies ändern zu wollen. Auf so eine Auseinandersetzung kann ich verzichten und die finde ich folgenreich, weil sie A. in seiner Glaubwürdigkeit in Frage stellt und auch Konsequenzen haben könnte/müßte/sollte(?).
Denn ein Mann, der sagt, er deckelt sein „Begehren", von dem habe ich das Bild einer tickenden Zeitbombe. Was gibt mir die Sicherheit, daß der Deckel nicht einmal aufspringt, denn was gedeckelt wird, will auch mal raus und was heißt das z.B. für eine Zeit in der es nicht mehr eine politische Szene gibt, die sich antisexistischen Positionen (z.T. nur formal) verpflichtet fühlt und A. noch auf den Zahn fühlt, bzw. die soziale Verantwortung für und mit ihm übernimmt? Über den Mann gibt es dann doch keine Kontrolle mehr in Form einer Kritik.
Dieses "Deckeln" ist doch nicht nur eine zufällige wertfreie Formulierung, die steht doch auch für das oben beschriebenes Bild.
Wenn jemand nach einer Auseinandersetzung als Täter sagen würde, " Okay, die Tat ist Mist gewesen und menschenverachtend, weil ich die Intigrität einer anderen Person verletzt habe,-; das habe ich jetzt intellektuell klar, aber dieses Begehren ist noch geblieben- ich weiß auch noch nicht wie ich da einen Zugang kriege, das zu verändern, aber ich will es ändern und suche nach Wegen..";
-das hätte mir mehr gesagt als A., der nach 13 Jahren sagt er hat dieses Begehren noch, aber keinen Drang es zu ändern, weil es im Kasten gedeckelt sitzt. Was ist, wenn Homo's dort wo A lebt auf die Idee kommen, mit Kindern leben zu wollen...? Wie geht A. mit Ihnen um? Weicht er aus? Muß immer wer bei den Kindern bleiben? Kann es ein Verhältnis geben, indem andere keine Angst davor haben müssen, daß das gedeckelte Begehren nicht plötzlich präsent wird?
Welche Garantien und Sicherheiten kann sich A. geben, daß das vorhandene Problem unter dem „Deckel" bleibt? Doch keine? Oder? Und wie soll die Szene verantworten können, daß da Kinder ein und aus gehen könnten in seinem Wohnumfeld?
A. hat zwar den Sprung vom Verteidiger eines "sexuellen Kontaktes" zum Kritiker des "sexuellen Kontaktes" als Mißbrauchstruktur in Zitatform benannt und erkennt sich darin positionell wieder (und das erkenne ich auch an), aber die Auseinandersetzung darüber hinaus scheint eingefroren worden zu sein - denn sie umfaßt die ganze Person und eben auch das zu verändernde Begehren.
Das A. meint daran nichts mehr ändern zu müssen stellt ihn als politischen Mensch, zu dem wir als Verbündete Vertrauen haben dürfen (trotz eines sexuellen Mißbrauchsverhältnis vor 13 Jahren), in Frage und diskreditiert ihn zum aktuellen Zeitpunkt für ein engeres Bündnis.

Was das für andere Gruppen und Strukturen heißt, weiß ich nicht, das müssen die für sich selber klären ohne in die PC-SauberMannlogik zu verfallen, noch den realen Stand von A. Position zu beschönigen.

Die Auseinandersetzung fortzuführen ist für A. kein Luxus, sondern ein Muß. Ich erwarte nicht, das die Auseinandersetzung zwingend über die Interim zu führen ist, aber das sie stattfindet.

Eine aus dem Lesbisch/Schwulen/Queeren Bündnis

P.S.: Aus Bremen gibt es eine Broschüre zum Thema: Pädophilie, sexualisierte Gewalt gegen Kinder, von S.A.M.T., einer radikalen Schwulengruppe mit dem Schwerpunkt sexualisierte Gewalt gegen Jungen. Anlaß war ein Konflikt vor Ort. Die Broschüre gibt es Anfang Oktober entweder am Lesbisch-Schwul-Verqueeren Tag im EX oder über das Leipziger Lesbisch-Schwule-Queere-Bündnis ebenfalls Anfang Oktober. Oder aber die Tuntentinte Nr. 10(?), bestellbar über "Inst. zur Verzögerung und Beschleunigung der Zeit", Kastanienallee 86, falls noch vorrätig.

Anmerkung: Geanu dies ist mit der Veröffentlichung in der Interim Nr. 456, Seite 14, eingetreten. Auch wenn das Papier richtige Positionen anspricht (die im LesbischSchwulenQueeren Bündnis nicht in Frage stehen, obwohl dieser Eindruck suggeriert werden soll) ist es im Stil destruktiv. So gab es darin bewußte Verdrehungen, die eine Äußerung eines Mannes zur Position der Queerulanten umdrehte. Dem war nicht so. Das und einiges mehr erwecken den Eindruck als ob hier eine Gruppe einen Machtkampf initieren will um ihre eigene Identität daran zu stärken. Eigene Widersprüche werden negiert und die der Anderen denunziert. (wir gut- die anderen böse, oder weil die anderen böse- wir gut). Mit dieser Haltung habe ich einige der Gruppe erlebt als sie uns vom Bündnis erklären wollten was wir zu tun und denken haben und so lese ich das deren Papier. Diese Haltung sabotiert eine differenzierte Auseinandersetzung, die weder Täterschutz noch PC-Schablonenparolen propagiert. Dies ist auch der Grund warum das Papier in der Interim Nr.456 für mich weder Anlaß noch Bezugspunkt dieses Offenen Briefes ist. An so einer Politik gibt es wenig Veranlaßung sich abzuarbeiten. Soviel dazu.









?

Es lebe die Einfalt in der Vielfältigkeit !

Zu dem Text „Busfahren hat Folgen/Pädophilie-Diskussion im queeren 1.Mai-Bündnis" in der Interim Nr.456 , Seite 14

„Im Rahmen der Mobilisierung gegen die NPD-Kundgebung am 1.Mai in Leipzig gab es ein lesbisch-schwules Bündnis."
Darin stimmen wir mit den SchreiberInnen überein.
Die restlichen 19 Sätze, 7 Forderungen und eine Klammer mit Punkt innen enthalten nur haarsträubenden Unsinn.Das wäre nicht weiter tragisch, weil in der Interim viel Unsinn steht.Leider kommt in diesem Papier aber eine politische Haltung zum Ausdruck, die wir einfach zum kotzen finden.Deshalb fühlen wir uns genötigt, nun auch noch diese Sätze zu Papier zu bringen.

In o.g. Beitrag in der Interim werden die Äußerungen und die schriftliche Stellungnahme A[redacted] sowie Diskussionsbeiträge von Lesben und Schwulen wild zusammengemixt und falsch dargestellt.
Wir denken, daß die Interim der falsche Rahmen ist, um darauf im Detail einzugehen. Unwidersprochen stehenlassen wollen wir das ganze aber auch nicht.
Aus diesem Mix werden ungerechtfertigte Vorwürfe und Forderungen abgeleitet, aus denen für unser Empfinden eine widerwärtige Selbstgerechtigkeit spricht.
Im zweiten Abschnitt des Papiers werden die Lesben im Bündniss lobhudelnderweise auf die Seite der Guten gestellt – das verbitten wir uns !
Wir werden uns nicht vereinnehmend von Leuten kaputtloben lassen, die ihre Politik offensichtlich nur nach dem Freund-Feind-Schema kategorisieren.

Die grauen Zellen heißen nicht umsonst graue Zellen und nicht schwarze oder weiße Zellen !

Für eine Diskussion ohne Denkverbote !

Es lebe der Grauschleier,weg mit dem weißen Riesen !

Einige Lesben des Bündnistreffens

Busfahren ist nicht nur lustig

Wir sind drei Lesben aus dem Lesbisch- Schwulen, Queer, und .andere. Bündnis, welches sich aus Anlaß der 1. Mai Mobilisierung nach Leipzig gegen den Nazi-Aufmarsch gebildet hat.

Beim Nachbereitungstreffen kamen Frauen/Lesben und andere auf uns zu, die uns auf die Person A.aufmerksam machten. A. war mit in der Vorbereitung gewesen.
A. hatte vor ca. 5 Jahren in der Interim einen Artikel geschrieben, in dem er sich positiv zu Pädophilie äußerte.
Seine Stellungnahme war eine Reaktion darauf, daß andere seine Geschichte als sexuellen Gewalttäter veröffentlicht hatten. A. hatte eine sexuelle Gewaltbeziehung zu einem 5jährigen Jungen.
A. bestätigte auf diesem Treffen die Vorwürfe gegen ihn. Er betonte aber, daß seine heutige Position eine andere ist. Wie „konkret anders" konnte/wollte er nicht erklären.
Das Bündnis forderte von ihm eine politische Stellungnahme seiner heutigen Position zu Pädophilie. Dies sollte nicht nur im Bündnis veröffentlicht werden, sondern u.a. in der Interim, da er damals seine Rechtfertigung von Pädophilie in der Interim veröffentlicht hatte.
Auf dem nächsten Nachbereitungstreffen brachte er das hier im Anhang veröffentlichte Papier mit. Viele im Bündnis fanden das Papier völlig unzureichend, da es in erster Linie aus Zitaten besteht und kein eigener Veränderungsprozeß sichtbar und nachvollziehbar ist.
Authentisch wurde A. erst in der anschließenden Diskussion. So erklärte er, daß er immer noch das sexuelle „Begehren" gegenüber Jungen hat und dies nicht ändern kann, weil er nicht weiß wie.
Auf Nachfragen, wie er mit dem „Begehren" umgeht, meinte er, er würde das „Begehren" in eine Kiste packen, Deckel darauf machen und wegpacken, und daß er keine Auseinandersetzung mehr führt.
Das Bündnis konnte diesen Widerspruch so nicht hinnehmen . Eine Lesbe sagte zu ihm, daß unter diesen Bedingungen eine Zusammenarbeit mit ihm nicht gewollt ist.
A. verließ daraufhin das Bündnis.

Sein „Begehren" stellt eine Rechtfertigung von sexueller Gewalt dar und steht im Widerspruch zu den Zitaten in seinem Papier.
Wie ist es möglich, daß ein Mann nach angeblich jahrelanger Auseinandersetzung immer noch die Gewaltfantasie hat, Kinder sexuell zu benutzen.?
Woraus setzt sich ein Bewußtsein zusammen, welches scheinbar nach Jahren nur theoretisch, aber nicht emotional begriffen hat, daß das Gewalt ist, sexuelle Gewalt, Vergewaltigung ? Was für eine Auseinandersetzung hat da stattgefunden, daß die Trennung zwischen Kopf und Bauch, zwischen Bewußtsein und Gefühl so dermaßen widersprüchlich ist?
Solange diese Widersprüche nicht aufgelöst werden, ist A. eine tickende Zeitbombe, die für Kinder eine ständige Bedrohung darstellt.
Und wie ist es möglich, daß A. sich seit Jahren in politischen Zusammenhängen bewegt, ohne eine Auseinandersetzung über seine Gewaltstruktur führen zu müssen. In einer politische Szene, die das Ziel hat, die herrschenden Machtverhältnisse aufzubrechen, aber es offensichtlich nicht schafft, die inneren Widersprüche zu formulieren, geschweige denn zu diskutieren. Im Gegenteil, es wird geschwiegen, tabuisiert und damit Gewaltstrukturen weitergetragen .

Alle die A. kennen, mit ihm leben, mit ihm arbeiten, müssen dafür sorgen, daß er immer wieder konfrontiert wird . Dies beinhaltet auch für alle, die mit ihm befreundet sind , ihn in seiner Auseinandersetzung zu unterstützen. Es müssen alle Verantwortung übernehmen, daß A. keine Bedrohung mehr ist.

Wir sind der Meinung, daß A., solange er sich nicht klar und nachvollziehbar mit seinen Täterstrukturen auseinandersetzt, keinen Platz im Bündnis haben kann.

Die drei LLLs, aus dem Bündnis für Lesben –Schwule- Queer –und andere

Übrigens, wir fahren wieder, diesmal nicht mit dem Bus, sondern mit der S-Bahn. Spannendes am 3. Oktober beim Lesbisch-Schwulen Verqueeren Tag im EX.







Wer weiter schweigt, stimmt weiter zu!

Über Pipo, andere Blickwinkel, „Szeneprominenz“, Desinteresse und Faulheit

Dank den Beiträgen in der letzten Interim (Nr. 451) scheint die Diskussion um Pipo / Andreas Kuhrt, Pädophilie, sexuellen Mißbrauch und vor allem um ein Fehlverhalten „der Szene“ doch nicht im Sande zu verlaufen.
Ein „an der Diskussion interessierter Mann“ erinnerte uns dabei ganz konkret an Personen, wie die „Frauen ohne weiße Weste“ (Interim # 355) oder an die „Schwulen Antifa“ (Interim #340 u.a.), die sich während der Diskussion 1995 ganz klar hinter Pipo gestellt hatten.

Also: alter Interim Ordner gezückt und in den Papieren geschmöckert (Insgesamt waren es zwischen Interim #334 bis etwa #360 rund 30 Papiere sowie zahlreiche nicht-öffentliche Stellungnahmen).

Wir blenden zurück: Die „empörten Frauen ohne weiße Weste“ stellten in ihrem 4seitigen Beitrag (Interim #355) fest, daß sie *„in ‚Allen Punkten der Anklage‘ hinter XY stehen“*. Eine klare Positionierung. Sie zogen es vor *„die Auseinandersetzung weiterhin mit XY dort zu suchen, wo Vertrauen und Solidarität herrschen“*. Da das damalige Schreiben das erste und einzige seiner Art war, weiß leider niemand, wie Euer *„Vertrauen“* und Eure *„Solidarität“* gegenüber Pipo ausgesehen hat, bzw. wie lange sie andauerte. (Wir unterstellen Euch einfach mal, daß die Solidarität andauerte, also inzwischen vorbei ist!)

Beim lesen Eures Textes fällt auf, daß viele Dinge, die Ihr damals beschrieben und wehement abgestritten hattet, schließlich so eingetroffen sind. Ein Beispiel aus Eurem Text: *„Da wird mal kurz eine Jugendgruppe zur reinen Mißbrauchsstruktur erklärt - aufgebaut und beherrscht von XY mit dem einzigen Ziel, Jugendliche als ‚Frischfleisch‘ in sein Netz zu bekommen“*. Ihr schreibt, daß dies ein *„Konstrukt“* sei, obwohl es niemand hätte besser formulieren können. Aber genau so war es letztlich, wie die Jugendlichen, die sich inzwischen von Pipo getrennt hatten, in ihren Papieren feststellen mußten.
Weiter schreibt Ihr, daß sich Pipo der Kritik der Jugendlichen gestellt hätte. Woher wußtet Ihr das? Die Jugendlichen, die dies ja am ehesten hätten wissen müssen, sehen dies im nachhinein ganz anders. Die Meinung der Jugendlichen in einem Ihrer Papiere zum Thema Kritik war schlicht: *„es gab keine [Kritik]“*.
Weiter heißt es, daß sich Pipo *„mit seinen gleichaltrigen Genossen über seine Liebesbeziehungen“* auseinandersetzen würde. Einige seiner Ex-GenossInnenen bezeichnen diese damalige „Auseinandersetzung“ als von ihm aus nicht ernsthaft bzw. sehen im nachhinein, daß sie von Pipo mehrfach und aufs schärfste verarscht und zum Teil massiv begelogen wurden. Doch bleibt die Frage, wie sah diese *„Auseinadersetzung“* bei Euch aus? Habt Ihr Euch auch in seine Lügen einwickeln lassen oder habt Ihr diese *„Auseinadersetzung“* doch nicht so ernsthaft verfolgt, wie von Euch damals angepriesen. Was ist das überhaupt für eine *„Auseinadersetzung“* gewesen, in der sich am Ende die Jugendlichen gegen Pipo auflehen, während er die *„Solidarität“* und das *„Vertrauen“* von Euch genießen konnte?!
Weiter ist für Euch der Verglich „Päderastie = (sexueller) Mißbrauch“ eine *„starre Norm“*, mit der Pipo durch die *„pc-Ankläger“* entgegengetreten wurde. Wie kann es sein, daß die sexuelle Ausrichtung von Männern auf Knaben bzw. männlichen Jugendlichen nicht als Fixierung und demnach als sexuellen Ausbeutung gesehen wird. Zum Thema „Fixierung = sexueller Mißbrauch“ könnt Ihr im Papier „Sinneswandel“ der Jugendlichen einiges nachlesen.
Der Knaller im Papier von Euch ist jedoch die Feststellung, daß die damalige Diskussion *„viel mit Sündenbock- und Machtpolitik aber nichts mit dem politischen Selbstverständnis linker Frauen“* zu tun gehabt habe. Von niemanden wurde je bestritten, daß die Diskussion damals nicht schräg gelaufen ist, und daß

sich viele nicht korrekt verhalten haben. Aber: Euer Papier und Euer *„politisches Selbstverständnis als linke Frauen"* ist inzwischen nicht mal mehr das Papiet wert, auf dem es geschrieben wurde. Eine Stellungnahme ist mehr als überfällig!

Auch die „schwulen Antifa" bekleckert sich in ihrem Papier vom Juli '95 (#340) nicht mit Ruhm. Nach ihrer Meinung hätten bei Pipos Beziehungen alle mal schauen müssen, *„wie er solche lebt?"*. Es geht und ging jedoch nicht darum, einfach mal zu schauen, ob da was komisch läuft, so wie in anderen Beziehungen. War nich bereits damals klar, daß Pipo seit mehr als 10 Jahren ständig Beziehungspartner der gleichen „Art" und der gleichen Altersgruppe hatte? Ist es irgendwann nicht egal, wie eine Beziehung aussieht, wenn es sich um eine derartige Fixierung handelt?

In Eurem Text habt Ihr pädophiele Beziehungen *„zumindest unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ..."* abgelehnt. Beim neuerlichen Lesen sind wir erschrocken gewesen, daß Ihr Euch demnach ja Situationen, Begebenheiten oder Gesellschaften hättet vorstellen können (bzw. vielleicht immernoch vorstellen könnt?!), in denen „Beziehungen" und Sex von Erwachsenen gegenüber Kindern o.k. sein würde! Ihr selbst versteht unter Pädophilie die mißbräuchliche *„sexuelle Neigung von Erwachsenen zu Kindern"*. Wie kann / konnte das oben genannte dann sein?! Am Ende Eures Textes stellet Ihr u. a. noch klar, daß Ihr die Forderung *„Pädos Raus' ... für politisch falsch ..."* halten würdet. Warum?! Aber vorallem was sagt Ihr heute zu Eurem Text???

Ihr habt außerdem nie erklärt warum Ihr den angeblichen Angriff auf Pipo vor dem Tempodrom für *„schwulenfeindlich"* gehalten habt?

(Zur Verständigung: Pipo gab an, gegen Anfang der Diskussion in der Interim, vor dem Tempodrom von mehrere Vermummten angegriffen und mit den Worten „Kinderficker" beschimpft worden zu sein. Es gab nie jemanden der/die sich zur Tat bekannt hatte. Nie eine Erklärung oder ein Schreiben. Selbst die Jugendlichen bezweifeln im Nachhinein den angeblichen Überfall gegen Pipo!)

Viele Fragen sind offen, die es (endlich) zu beantworten gilt!

Vier nicht ganz so Prominente aus der Szene.



"Lesen Bildet"

Antwort auf das Vorwort der Redaktion der letzten Interim (457)

- In der I 337 wurdes Pipos Name vom Projekt I ohne Kommentar geschwärzt (wenn ihr zur Tradition der I weiterlesen wollt, seht euch mal die Artikel zu sexueller Gewalt in der I 44 und 72 oder 76 an)

- wir senden den Artikel aus dem Ordner der I 452 ein, wir haben ihn nicht geschrieben, sondern nur im Ordner gelesen

- Wir warten auf die Stellungnahmen der I Redaktionen, insbesondere der Redaktion der I 452

- Worin bestand die Unterstützung der I Redaktion für die Betroffenen?





~~3~~ [sic!] ~~2~~=ü ~~4~~=a 1 =(3+)

e  ne go [/] nen

Passau

Ununglückliche dogmatisch verbiesterte lustfeindliche Identitätsfeministinnen, entsexualisierte 70er-jahre Politlesben, antisexistische PC-TerroristInnen, MännerhasserInnen und andere Wesen

diesen Absender haben wir leider bei unserem offenen Brief an die I Redaktion in der I 457 vergessen

Antinationale Konferenz am 4. Oktober 1998 in Hannover

Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland

Am 3. Oktober 1998 jährt sich zum achten Mal das Inkrafttreten des „Einigungsvertrages", durch den sich die BRD die DDR einverleibte. Das ist ihrem politischen Personal auch in diesem Jahr wieder Anlaß, dieses Ereignis als einen besonderen Erfolg der deutschen Nation zu feiern; und ein nicht geringer Teil der linken Opposition in Deutschland wird sich davon wieder einmal zwar demonstrativ, jedoch mit unterschiedlichen – und teils fragwürdigen – Begründungen abwenden.

Das nehmen wir zum Anlaß, die Kritik des Nationalismus aufs Neue zu diskutieren, und dafür laden wir zu einer antinationalen Konferenz am 4. Oktober 1998 nach Hannover ein.

Begrüßung

kurzes Einleitungsreferat
(Junge Linke Hannover)

ab 12 Uhr
Podiumsdiskussion

Kommunismus - ein nationales Anliegen?

Sarah Wagenknecht
(Kommunistische Plattform in der PDS, angefragt)
vs.
Eulalia d'Hibou
(Junge Linke Bremen)

ab 15 Uhr
Parallel laufende Arbeitsgruppen

Der bürgerliche Staat – politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft

Kritik der linken Sozialstaatsillusion und des 'Neoliberalismus'-Ansatzes

War Auschwitz der Zivilisationsbruch?

Nationalsozialismus und postfaschistischeDemokratie

Frauen und Volkskörper - Zur Kontinuität eines nationalen Politikfeldes

Dealerhatz - Integration der Volksgemeinschaft durch den Kampf gegen 'Organisierte Kriminalität'

Jugoslawien – ein Glücksfall für Deutschland

Befreiungsnationalismus: Nation statt Befreiung

ab 19 Uhr
Podiumsdiskussion:

Auschwitz – bevölkerungspolitisches Kalkül oder nationaler Wahn?

N.N. vs.
Lars Quadfasel (Gruppe Ratio Rausch Revolution)

Organisatorisches:

Für preiswerte Verpflegung vor Ort ist gesorgt, und notfalls können wir auch Schlafplätze vermitteln. Wir erheben keinen Teilnahmebeitrag.

Der Kongreß findet statt im 'Faust', Wilhelm-Bluhm-Str. 12, Hannover. (Vom HBF Straßenbahnlinie 10 Richtung Ahlem, Haltestelle 'Leinaustraße', nach rechts durch die Leinaustraße gehen)

Aktuelles zur Konferenz

http://www.comlink.apc.org/junge-linke/nation

Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland - Sonderausgabe der Zeitung Tendenz der JungdemokratInnen -Jungen Linken (Bundesverband und Landesverbände) in Zusammenarbeit mit der Jungen Linken Hannover.

Herausgeberin:
JungdemokratInnen–Junge Linke
(Bundesverband)
Pappelallee 9, 10437 Berlin,
Tel.: 030 / 44 02 48-64, Fax -66.

Spendenkonto: Nr. 19 000 447,
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

aus:

Linksextremisten

Türkische Organisationen verboten

Am 13. August hat Bundesinnenminister Kanther zwei linksextreme türkische Organisationen sowie deren Publikationen in Deutschland verboten. Den Organisationen THKP/-C-Devrimci-Sol (Türkische Volksbefreiungspartei/Front Revolutionäre Linke) und DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front), beides Nachfolgeorganisationen der 1983 in Deutschland verbotenen Dev Sol, werden Mordversuche, Raub, Körperverletzung und die Erpressung von Spendengeldern nachgesagt. Laut Kanther kämpfen die beiden Gruppen um die Vorherrschaft in der Bundesrepublik.

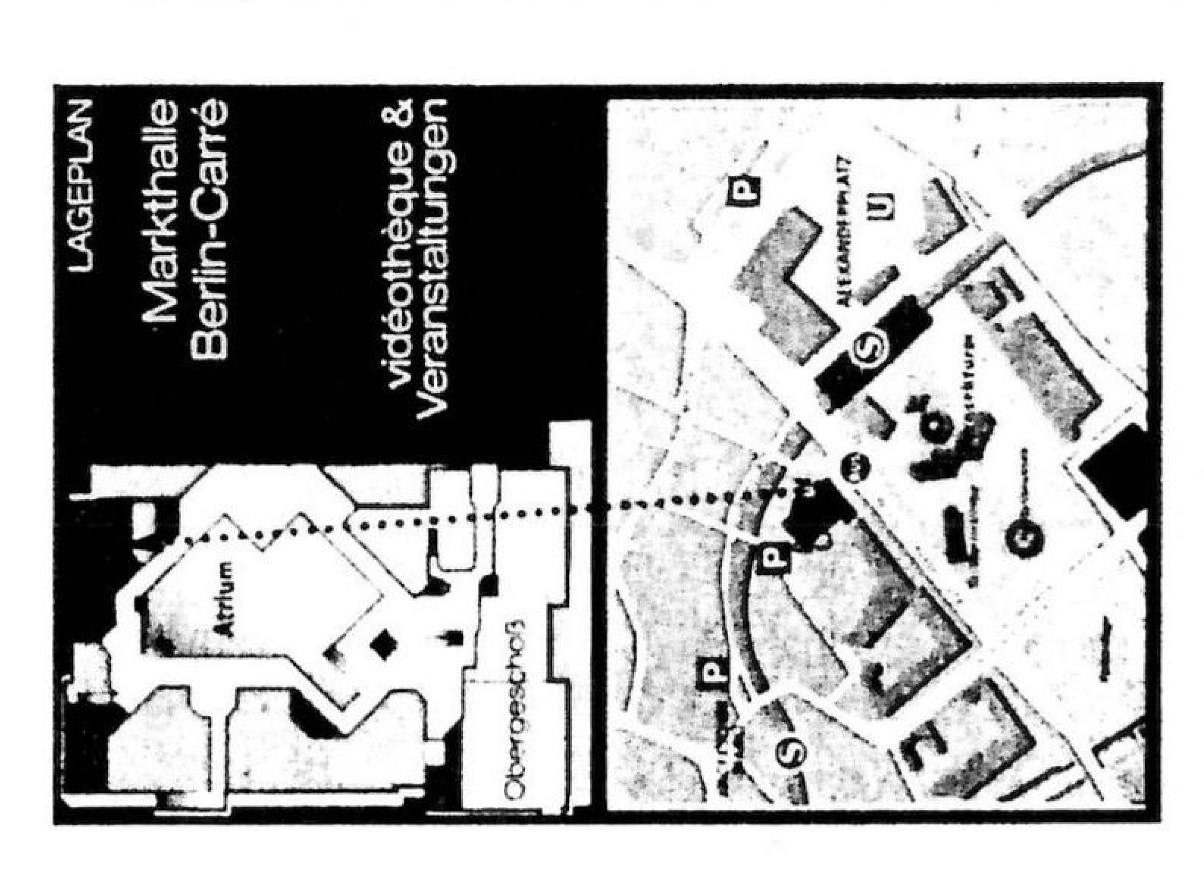
Das Verbot der beiden Organisationen paßt nahtlos in die Wahlkampfstrategie der Bundesregierung, die Ängste um die „Innere Sicherheit" schürt. Dies läßt Zweifel an der Notwendigkeit des Verbots aufkommen. Die terroristische Bedrohung dürfte weniger ausschlaggebend sein als die „guten Beziehungen", die die Bundesregierung zu Ankara zu unterhalten pflegt.

Deutsches Haus

Ein in Berlin lebender schwarzer Franzose und seine Begleiterin sind von DVU-Funktionären beschimpft und angegriffen worden. Die Männer, die als Wahlwerber für ihre Partei unterwegs waren, stoppten das Auto der beiden und griffen sie mit Fußtritten, Schlägen und CS-Gas an. Auf das Haus einer türkischen Familie bei Dresden ist am 15. August ein Brandanschlag verübt worden, bei dem ein elfjähriges Mädchen verletzt wurde. Wie das Sächsische Landeskriminalamt mitteilte, warfen Unbekannte einen Brandsatz in das Einfamilienhaus. Das Feuer konnte durch die Bewohner gelöscht werden. Die Polizei vermutet einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag und einem Streit zwischen der türkischen und einer deutschen Familie, bei dem am Vortag fünf Türken auf Mitglieder der deutschen Familie eingeschlagen haben sollen. Bei einem Altstadtfest im sächsischen Radeberg lieferten sich am 15. August Asylbewerber und Deutsche eine Massenschlägerei. Zeitweise prügelten sich bis zu hundert Männer, von denen nach Polizeiangaben fünf verletzt wurden. 68 Polizisten waren im Einsatz. Gegen zehn Uhr abends hatten mehrere Asylbewerber zwei deutsche Jugendliche zusammengeschlagen. Daraufhin versammelten sich 25 deutsche Jugendliche, um die Asylbewerber zu verfolgen. Zwei Libyer und ein Algerier wurden vorläufig festgenommen, die Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruch. Im brandenburgischen Fürstenwalde beschimpften am Abend des 15. August rechtsextreme Jugendliche ein kubanisches Ehepaar mit rassistischen Parolen. Die Jugendlichen bewarfen im Anschluß zwei von dem Ehepaar herbeigerufene Polizisten mit Gegenständen. Die beiden Beamten wurden zu Boden gerissen, getreten und schwer verletzt, wie die Polizei in Frankfurt/Oder mitteilte. Eine »Einwanderungswelle« befürchtet die Bundesregierung durch die EU-Osterweiterung. Das Bundesinnenministerium hält es deshalb für erforderlich, die Freizügigkeit für Arbeiter aus osteuropäischen Beitrittsländern für mindestens zwölf bis 15 Jahre einzuschränken. »Alles andere wäre nicht verkraftbar«, sagte der Innenstaatssekretär Kurt Schelter der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Die effektivste Abwehrmaßnahme sei es, nach der Bundestagswahl die Leistungen für Asylbewerber generell zu kürzen. Die Stadt Osnabrück will ein elfjähriges Zwillingspärchen in die Türkei abschieben. Die beiden Mädchen leben seit drei Jahren bei ihrem Vater in Deutschland, der seit zwei Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Anders als bei ihren beiden Brüdern zweifeln die deutschen Behörden das türkische Urteil an, das dem Vater das Sorgerecht zuspricht. Sechs Häftlinge gelang die Flucht aus der Abschiebehaft in Eisenhüttenstadt. Die Polizei konnte die vier Ukrainer und zwei Russen, die in der Nacht zum 21. August geflohen waren, zunächst nicht fassen. Die Wohnung von sechs irakischen Bauarbeitern in Greifswald ist in der Nacht zum Donnerstag vergangener Woche von einer Gruppe von Männern im Alter zwischen 17 und 36 Jahren überfallen worden. Nachdem die Angreifer die Eingangstür eingetreten hatten, verbarrikadierten sich drei Bewohner in der Wohnung, die drei anderen flohen durch ein Fenster. Die Polizei nahm zehn Tatverdächtige fest. Ein orthodoxer Jude, der durch seine traditionelle Kleidung zu erkennen war, wurde bei einem Besuch in Berlin mehrfach angegriffen und beschimpft. In der Nähe des Kudamms wurde er zweimal geschlagen. Die herbeigerufene Polizei griff nicht ein. Passanten beschimpften ihn mit Bemerkungen wie »Jude, Jude« oder »Dich hat Adolf wohl vergessen«. ● os/rm

> PROJEKT

Neben dem Ausstellungsraum (NGBK) sowie einer vidéothèque mit Veranstaltungsreihen (Berlin-Carré) sind eine Filmreihe (fsk-Kino) und eine abschließende Publikation geplant. Ab August hängen thematische Plakate (So ist die Ordnung/ Glanz der Metropole) in Bus- und Straßenbahnhaltestellen. Als Teil der Vorbereitung des Projekts fanden seit Februar '98 Themen-T's (Gesprächsrunden) zu Gentrification, Migration/ Fluchthilfe, Logos/Images, Kunstproduktion, Gender & Space, Ästhetik des Widerstands, informelle Arbeit, Ghetto/Festung, (Bio)-Technologiestandort sowie Ideologietheorie statt.

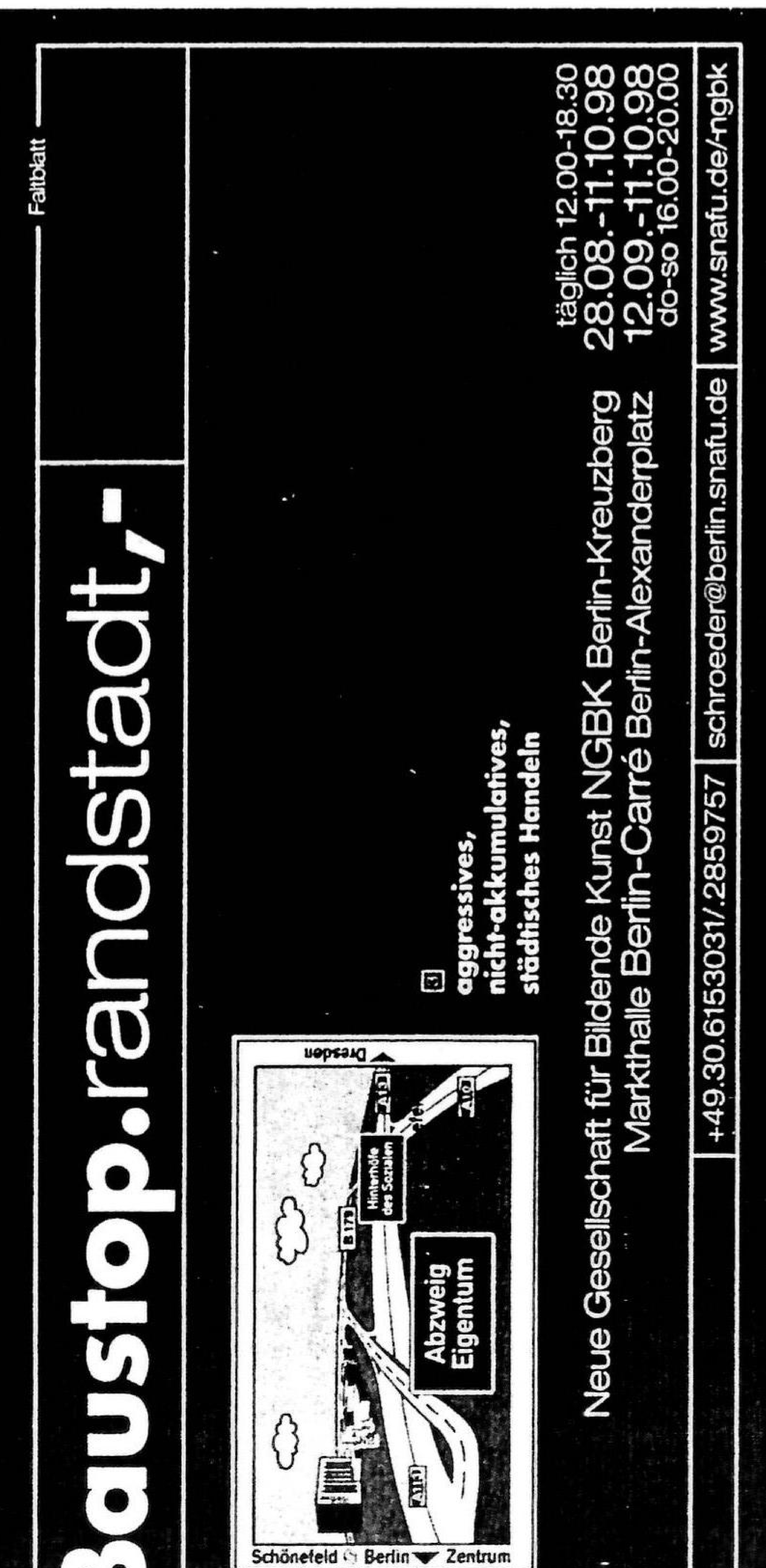


Ausstellung > NGBK
Oranienstr.25 I D-10999 Berlin
tel +49.(0)30.6153031
fax +49.(0)30.6152290
ngbk@berlin.snafu.de
Eröffnung mit Führungen
Fr 28. August 18 Uhr
Filmpremiere 21 Uhr

Markthalle Berlin-Carré
Karl-Liebknecht-Straße
Eröffnung mit Veranstaltung
Sa 12. September 18 Uhr

fsk-Kino
Segitzdamm 2/Oranienplatz
17.-30. September, 18 Uhr
tel +49.(0)30.6142464

Büro
Schröderstr.9 I D-10117 Berlin
tel +49.(0)30.2859757
schroeder@berlin.snafu.de



Mit CHILE im Herzen 1973-1998

Ausstellung und Veranstaltungen zum 25. Jahrestag des Putsches

<u>September 1998</u>

Do.03.09.	19.30h	Galerie	Eröffnung der Ausstellung „**Chile 1973 - Geschichte eines Putsches**" (zu sehen bis Ende Oktober, tägl. von Sonntag bis Freitag 18-24 h)
Fr.04.09.	19.00h	Arsenal	Eröffnung der Filmreihe mit „**Voto más fusil**" (Stimmzettel mit Gewehr), OmU, Dok.-Film von Helvio Soto, Chile 1970, 83'
Sa.05.09.	19.00h	Arsenal	„**Chile, no invoco tu nombre en vano**" (Chile, ich rufe Deinen Namen nicht vergebens), OmU, Dok.-Film Filmkollektiv Cine-Ojo, Chile/Frankreich 1983, 85'
So.06.09.	12.00h	Arsenal	„**La batalla de Chile**" - Teil 1 u. 2, OmU, von Patricio Guzmán, Chile 1978, 190'
So.06.09.	19.00h	Arsenal	„**La batalla de Chile**" - Teil 3: El Poder Popular, OmU, Dok.-Film von Patricio Guzman, Chile/Kuba 1978, 83'
Di.08.09.	19.00h	Arsenal	„**Imagen latente**" (Das latente Bild), OmU, Spielfilm von Pablo Perelman, Chile 1986-88, 92'
Do.10.09.	17.00h	Arsenal	„**Aus der Ferne sehe ich dieses Land**", Christian Ziewer, nach Antonio Skármeta, 91'
Do.10.09.	19.00h	Arsenal	„**Blonder Tango**" (nach einem Roman von Omar Saavedra Santis), DEFA-Film von Lothar Warneke, 1986, 120'
Fr.11.09.	11.00h	Salvador-Allende-Schule:	Kranzniederlegung am Salvador-Allende-Denkmal zu Ehren der Opfer des Putsches
Fr.11.09.	19.00h	Arsenal	„**Mit Chile im Herzen**": ein Kulturprogramm mit Patricio Padilla & Sol del Sur
Fr. 11.09.	20.30h	Taborkirche	**Misa Sine Nomine**, von León Schidlowsky, Victor Jara gewidmet (Wiederaufführung)
Sa.12.09.	20.00h	Checkpoint	„**Más fuerte que el fuego** (**Las últimas horas en La Moneda**)", (span. OF) von Heynowski/Scheumann, 75'; anschließend Diskussion mit Walter Heynowski und anderen Filmbeteiligten
Sa.12.09.	20.30h	Taborkirche	**Misa Sine Nomine**, von León Schidlowsky, Victor Jara gewidmet
Di.15.09.	19.30h	Galerie	„**Mensch, du lebst noch!**" - **11. September 1973**: Orlando Mardones liest aus seiner Autobiographie und erzählt über die Tage des Putsches
Do.17.09.	19.30h	Galerie	„**Im Zeichen der Spinne - Anatomie einer Konterrevolution**", DEFA-Film v. Heynowski/Scheumann, 1983, 45'
Mo.21.09.	19.30h	Galerie	„**Zur Bewahrung des Gedenkens an Salvador Allende**" Referentin: María Rojas, Leiterin der „Casa memorial Salvador Allende" in Havanna/Cuba
Do.24.09.	19.30h	Zielona Gora	„**Guatemala-Chile: zwei historische Erfahrungen**" Referentin: María Rojas
Fr.25.09.	19.30h	Bildungswerk	„**Chile: das Scheitern des neoliberalen Modells**" Referentin: María Rojas
Mi.30.09.	19.00h	Liebknecht-Haus:	„**Aktuelle Sicht auf soziale Bewegungen in Lateinamerika**", Referentin: Maria Rojas

Hinweis: alle Veranstaltungen sind kostenfrei, mit Ausnahme der Kinoveranstaltungen im Arsenal und Checkpoint-Club (Eintritt jeweils 10,- DM) und der Veranstaltungen in der Taborkirche (Eintritt jeweils 20,- DM)

<u>Veranstaltungsorte:</u>

Arsenal (Kino), Welserstraße 25, 10777 Berlin-Schöneberg, Tel. 21900116
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Zeughofstraße 20, 10997 Berlin-Kreuzberg, Tel. 6126075
Checkpoint-Club, Leipziger Straße 55, 10117 Berlin-Mitte, Tel. 2082995
Evangelische Emmaus-Ölberg-Kirchengemeinde, Taborstraße 17, 10997 Berlin-Kreuzberg, Tel. 6185428
Galerie OLGA BENARIO, Eingang: Restaurant „Orlando", Weserstraße 5, 12047 Berlin-Neukölln, Tel. 6241767
HUB Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin-Mitte
Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Belin-Mitte
Salvador-Allende-Schule, Pablo-Neruda-Straße 8, 12559 Berlin-Köpenick
Zielona Gora (Stadtteilladen), Grünberger Staße 73, 10245 Berlin-Friedrichshain
Kulturelle Vereinigung Gabriela Mistral, Petersburger Straße 92, 10247 Berlin-Friedrichshain, Tel. 4224709



FRAUENLESBENCHÖRE
AM SCHWARZEN KANAL

DO. 3. SEPT. 98
20.30 UHR

WAGENBURG
SCHWARZER KANAL
AN DER SCHILLINGBRÜCKE

- JUDITHS KRISE
- 1. FLC (FRAUENLESBENCHOR)
SCHWARZ-ROT FRIEDRICHSHAIN

Wir, die ANTIFAschistische JUGEND BRANDENBURG, werden die

ULTIMATIVE ANTIFA-SOLI-KENN'LERN-BESSER-VERSTEHEN-PARTY

veranstalten.

Dazu möchten wir Euch natürlich einladen, denn sie ist ein Muß für alle, die sich vom harten antifaschistischen Kampfalltag einmal erholen wollen und müssen. Wie der Titel ja schon verrät: Man kann nette Leute kennenlernen, und was es da noch so alles gibt, steht eigentlich schon auf unserem Flyer. Wir können diese Dinge nur noch unterstreichen, damit Ihr noch mehr auf den Geschmack kommt. Die Musik ist wirklich erste Klasse, die Cocktails werden Euch von den Socken reißen, und die Schlambowle schmeckt absolut nicht so wie sie sich anhört. Ihr müßt aber jetzt nicht denken, daß Ihr auf Euer heißgeliebtes Bier verzichten sollt - natürlich gibt es für jeden Geschmack etwas.

Na? Lust auf die Party? Dann kommt doch am Sonnabend, dem 12.09.98 nach Brandenburg/Havel und lasst es Euch mal so richtig gut gehen!



TOD UND MORDSCHLAG

"Ratte sich wer kann"

Tourdaten Sommer 1998

Sa.29.8. - Berlin (Ex)
Fr.11.9. - Bodenteich (Exil)
Sa.12.9. - Holzminden (open air)
So.13.9. - 17Uhr! Göttingen (Yuzi)
Mo.14.9. - Oberhausen (Druckluft)
Di.15.9. - Darmstadt (Oertinger Villa)
Mi.16.9. - Braunschweig (Vokü Antifa)
Do.17.9. - Siegen (VEB)
Fr.18.9. - Wuppertal (AZ)
Sa.19.9. - Hagen (Kulturzentrum Pelmke)
So.20.9. - Mölln (Yugendzentrum)
Mo.21.9. - Kiel (Alte Meierei)
Mi.23.9. - Leipzig (Halle 5)
Do.24.9. - Dresden (AZ Conni)
Fr.25.9. - Dresden (AZ Conni)
Sa.26.9. - Halle (Ludwigstr.)
So.27.9. - Bundesweit (Wahlboykott)
Fr.2.10. - Berlin (SO36) mit Rantanplan !!

Wir danken dem „Streßfaktor", dem Terminkalender für Subkultur und Politik, für die vielen aus ihm geklauten Termine und Ankündigungen. Dies ist auch eine Empfehlung, das Heft selbst zu lesen und zu benutzen.

28.8. - 11. 10. 98
Baustop.randstadt.- Ausstellung in der NGBK, Oranienstr. 25, 10997 Berlin, täglich 12 - 18.30 Uhr

Donnerstag, 3. 9. 98
19.30 Uhr. Eröffnung der **Ausstellung „Chile 1973 - Geschichte eines Putsches"** zu sehen bis Ende Oktober, tägl. Von Sonntag bis Freitag 18 - 24 h). Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, 12047 Berlin-Neukölln. Im Rahmen dieser Ausstellung viele Veranstaltungen zum 25. Jahrestag des Putsches, s. Anzeige

20.30 Uhr. **FrauenLesben-Chöre** am Schwarzen Kanal: Judiths Krise und 1. FLC (FrauenLesbenchor) Schwarz-Rot Friedrichshain. Wagenburg Schwarzer Kanal, an der Schillingbrücke, Berlin-Mitte

Sonnabend, 5. 9. 98
14 Uhr. Demonstration **„ Schöner Wohnen in Hellersdorf? - den braunen Sumpf trokkenlegen!"** U-Bahnhof Louise-Lewin-Straße.

20 Uhr **„Angriff der Killertomaten"**, Videokino Anschlag, Kreuziger Str. 19, Friedrichshain

21 Uhr **Antifa-Solikonzert**, ab 18.00 Filme. Klubhaus Spandau, Westerwaldstr. 13

22 Uhr. **Saisoneröffnungsparty im EX**, Soliparty für den Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Sonntag, 6. 9. 98
12.30 Uhr. **„Nie wieder Heimat!"** - Kundgebung vor Sömmeringhalle in Charlottenburg gegen den Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen

Freitag, 11. 9. 98
Anti-Atom-Wochenende in Lubmin bei Greifswald, bis Sonntag, siehe Artikel im Heft

Sonnabend, 12. 9. 98
13.00 Uhr. **Demonstration der Erwerbslosen: „Arbeit und Reichtum umverteilen!"**. Auftakt am Rosa-Luxemburg-Platz vor der Volksbühne mit Kundgebung. Anschließend Demo durch Mitte zur Friedrichstr./Unter den Linden

18.00 Uhr Ausstellungseröffnung und Veranstaltung**: Zwischen Begehren und Abschiebung. Andere Deutsche im hegemonialen Blick:** Konsumphantasien oder „gefährliche Fremde". Markthalle, Berlin-Carré, Karl-Liebknecht-Str., Berlin-Mitte. (Ausstellung bis zum 11.10.98, Do. - So., 16 - 20 h)

20.00 **Antifa-Soli-Kennenlern-besser-verstehen-Tanzparty** im Container in Brandenburg/Havel, Lilli-Friesicke-Str.

Montag, 14. 9. 98
19.00 Uhr **Veranstaltung zum Café Germania**, Rathaus Lichtenberg, Ratssaal, Möllendorfstr. 6

ab Donnerstag, 17. 9. 98
Filmreihe mit Schwerpunkten: Orte und ihre Geschichte, feministische und andere Raumaneignungen, Ausschlüsse und Assimilationsdruck, Innenstadt und Peripherie, Shopping malls, Home Less Home, Gegenwehr, gefährliche und umkämpfte Orte. fsk, Segitzdamm 2 (Oranienplatz)

Sonnabend, 19. 9. 98
Aktionen **gegen den NPD-Aufmarsch in Rostock**, siehe Artikel im Heft

22^{00}

Sa 5.9.

Gneisenau-
straße 2a

EX

Saisoneröffnungsparty

Soliparty für den
ErmittlungsAusschuß